

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

31

Wien, am 1. Februar 1932.

Die Hauskehrtabfuhr in Wien.

Ständiges Anwachsen der Kehrichtmenge. - Der Magistrat ersucht die Hausfrauen, verbrennbare Abfälle zu verbrennen.

Die Menge des Hauskehrichts ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Während die Hauskehrichtmenge im Jahre 1920 in Wien kaum 300.000 Kubikmeter betrug, waren es im Jahre 1926 bereits 338.000 Kubikmeter und im Jahre 1930 sogar schon 460.000 Kubikmeter. Diese ungeheure Menge von Kehricht stammt ausschliesslich von den Wiener Haushaltungen; sie wird in den Coloniagefässen gesammelt und vom städtischen Fuhrwerksbetrieb auf die Ablagerungsstätten an der Laxenburgerstrasse und am Bruckhaufen abgeführt. Gegenwärtig sind für den Abtransport dieser Hauskehrichtsmenge täglich durchschnittlich 55 Coloniazüge notwendig. Die Kosten der Hauskehrichtabfuhr belaufen sich derzeit schon auf fast sechs Millionen Schilling im Jahre.

Um nun eine Verminderung der Hauskehrichtmenge zu erzielen, wendet sich der Magistrat an die Bevölkerung, insbesondere an die Wiener Hausfrauen, mit dem Ersuchen, alle verbrennbaren Abfälle zu verbrennen. Wie die Erfahrung zeigt, werden in die Coloniagefässe Papierabfälle, Papieremballagen, Papierkartons und dergleichen geworfen, die ohne Mühe auch im Küchenherd, im Zimmerofen, in Betriebsöfen und vor allem beim Waschtage im Waschküchenherd verbrannt werden können. Im Hauskehricht befinden sich weiters sehr viel Asche und Heizrückstände von Koks, die noch für eine Verfeuerung verwendbar sind. Würde nur die nicht mehr verwendbare Asche in das Coloniagefass geworfen werden - die Koksrückstände müssen zu diesem Zweck bloss sortiert werden - liessen sich nicht nur Ersparungen im eigenen Haushalt, sondern auch eine nicht unbeträchtliche Verminderung der Kehrichtmenge erzielen. In die Coloniagefässe werden aber auch Küchen- und Gartenabfälle geworfen, obwohl sie nicht dorthin gehören; auch sie sollen verheizt werden.

In einer heute im Rathaus abgehaltenen Pressekonferenz berichtete Stadtrat Richter über die Aktionen des Magistrates zur Verminderung der Hauskehrichtmenge. Der Magistrat wendet sich an die Wiener Hausfrauen mit einem Aufruf und fordert sie auf, nur die tatsächlich ganz unverbrennbaren Abfälle in die Coloniagefässe zu werfen, alle übrigen Abfälle aber zu verbrennen. Um die Bevölkerung auf die Aktion besonders aufmerksam zu machen, wird überall in Wien ein grosses Plakat angeschlagen werden, das zur Verbrennung aller verbrennbarer Abfälle mahnt. Auch die Coloniazüge werden mit ähnlichen Aufschriften versehen werden, um der Aktion den gewünschten Erfolg zu sichern.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

32

Wien, am 2. Februar 1932.

Der Kampf gegen den Krebs.

Ausbau der Sonderabteilung für Strahlentherapie im Krankenhaus der Stadt Wien.-Errichtung einer Beratungsstelle, einer Fürsorgestelle und einer Untersuchungsstelle.

Die Sonderabteilung für Strahlentherapie im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz und das mit ihr verbundene Institut für Strahlentherapie sind nun seit einigen Monaten bereits in vollem Betrieb. In dem Kampfprogramm der Gemeinde Wien gegen den Krebs als Volkskrankheit ist jedoch noch ein weiterer Ausbau der Sonderabteilung vorgesehen; die Abteilung soll ihre Tätigkeit auf die Erstellung der Frühdiagnose, Behandlung, Evidenzführung und Nachkontrolle der Kranken erstrecken. Neben der eigentlichen Spitalsabteilung und dem Institut für Strahlentherapie ist daher noch die Errichtung einer Beratungsstelle, einer Fürsorgestelle und einer Untersuchungsstelle notwendig.

Die Frühdiagnose der Krebskrankheit ist unbedingte Voraussetzung für jede Art der Behandlung. Darum soll die neuzuschaffende Beratungsstelle allen jenen, die sich aus irgendeinem Grunde für krebskrank halten, zur Verfügung stehen. Die Aerzte, die an dieser Stelle tätig sein werden, sollen nicht Erkrankte behandeln, ihre Aufgabe ist es bloss, die einfachste Untersuchung vorzunehmen und die Ratsuchenden dann an die für sie zuständigen Aerzte zu weisen. Bemittelte Personen werden an den Hausarzt, krankenversicherte an den zuständigen Kassenarzt gewiesen werden, während Unbemittelte, die keiner Krankenkasse angehören, direkt an die Sonderabteilung für Strahlentherapie im Krankenhaus Lainz gewiesen werden sollen. Die Beratung wird für Männer und Frauen getrennt stattfinden und vollkommen unentgeltlich sein. Die Zuweisung der Ratsuchenden an den Hausarzt, den Kassenarzt oder das Krankenhaus Lainz wird schriftlich erfolgen.

Die neue Fürsorgestelle wird die Aufgabe haben, Patienten, die einmal behandelt wurden, in Evidenz zu halten, sie zu beraten, für rechtzeitige Kontrolle des Gesundheitszustandes zu sorgen und den Patienten überhaupt weiter beizustehen. Zu diesem Zweck müssen sämtliche Personen, die an Krebs erkrankt waren und in Behandlung standen, erfasst werden. Vorerst werden die Patienten des Krankenhauses Lainz und die Mitglieder der Sozialversicherungsinstitute evident geführt werden; es ist jedoch der weitere Ausbau der Evidenz bereits vorgesehen.

Die zweckmässigste Massregel im Kampfe gegen den Krebs wäre regelmässige Untersuchung des Gesundheitszustandes aller Menschen. Eine solche regelmässige Untersuchung kann jedoch heute noch nicht eingeführt werden. Der Kreis der Personen, die in der neuzuschaffenden Untersuchungsstelle regelmässig untersucht werden sollen, muss daher erst bestimmt werden. Vorläufig kommt die Untersuchung der bei Lebensversicherungsanstalten Versicherten in Betracht. Mit der städtischen Versicherungsanstalt wird darum auch ein Uebereinkommen geschlossen werden, das vorsieht, dass die bei dieser

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

34

Wien, am 4. Februar 1932.

Die städtischen Bäder im Jahre 1931.

Die Wiener städtischen Bäder hatten im Vorjahre insgesamt 10,718.377 Besucher.-Geringer Rückgang der Besucherzahl gegenüber dem Jahre 1930.

Die städtische Bäderverwaltung berichtet über den Betrieb der Wiener städtischen Bäder im Jahre 1931, dass insgesamt 10,718.377 Personen die städtischen Bäder im Berichtsjahre benützt haben. Es ist dies gegenüber der Frequenz im Jahre 1930 ein Rückgang um 233.501 Badegäste, da im Jahre 1930 die städtischen Bäder von insgesamt 10,951.878 Personen besucht waren.

Den stärksten Besuch hatten die städtischen Warmbäder; sie wurden im Berichtsjahre von 7,766.376 Personen benützt. Da die Besucherzahl im Jahre 1930 in den Warmbädern 7,877.206 betrug, ergibt sich im Jahre 1931 ein Rückgang um 110.830 Badegäste. Im Bericht wird mitgeteilt, dass dieser Rückgang ausschliesslich auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen ist. Das geht schon daraus hervor, dass der Frequenzrückgang nur bei den teureren Badegattungen eingetreten ist, während die billigen Brausebäder sogar eine Frequenzzunahme um 71.669 Badegäste aufweisen.

In den städtischen Kinderfreibädern - es sind dies 22 - badeten im Vorjahre 1,172.347 Kinder gegenüber 1,301.604 Kindern, die sich im Jahre 1930 in den städtischen Kinderfreibädern getummelt haben. Der Rückgang der Frequenz beträgt somit 129.257 Kinder; an diesem Rückgang war einzig und allein das schlechte Wetter während der Ferien, vor allem aber im August, schuldtragend.

Eine, allerdings geringe, Zunahme der Besucherzahl haben die städtischen Sommerfreibäder zu verzeichnen. Während nämlich im Jahre 1930 insgesamt 1,773.068 Badegäste in den Wiener städtischen Sommerbädern gebadet haben, waren es im Berichtsjahre 1,779.654, also um 6.586 Personen mehr als im Jahre 1930.

Im Verwaltungsbericht wird festgestellt, dass die Gemeinde Wien auch im vergangenen Jahre bestrebt war, durch Ausbau und Ausgestaltung der städtischen Bäder den Betrieb auf voller, allen Anforderungen genügender Höhe zu erhalten. Zu erwähnen ist der Umbau der Brauseabteilung für Frauen im "Thaliabad" in Ottakring; die Abteilung besitzt jetzt 99 Umkleidegelegenheiten und 41 Brausestellen. Das Strom-, Lüft- und Sonnenbad "Asernbrücke" wurde als Nachtbad eingerichtet und durch Einbeziehung neuer, stromaufwärts gelegener Fläche erweitert; für die Kinder wurde ein geeigneter Sandspielplatz angelegt. Eine bedeutende Ausgestaltung erfuhr auch das "Theresienbad" in Meidling, das jetzt allen Anforderungen entspricht, die an eine moderne Badeanlage gestellt werden können. Im Schwimm-, Sonnen- und Luftbad "Kongressplatz" wurde unter anderem die für den Nachtbetrieb eingerichtete Beleuchtung weiter ausgebaut, so dass nun auch das Sandbad als Nachtbad benützt werden kann.

Von den Bezirksvertretungen.

Die Bezirksvertretung Simmering tritt am Donnerstag, den 11. Februar, um 17 Uhr 30 zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

Am gleichen Tage hält die Bezirksvertretung Brigittenau eine Plenarsitzung ab; der Beginn der Sitzung ist für 19 Uhr anberaumt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

35

Wien, am 5. Februar 1932.

Die Wassermannstationen des Gesundheitsamtes der Stadt Wien.

Bekanntlich hat die Gemeinde Wien im Jahre 1929 zwei sogenannte Wassermannstationen eingerichtet; Aufgabe der Stationen ist es, unentgeltlich die Blutuntersuchung, die für die Bekämpfung der Lues von besonderer Bedeutung ist, durchzuführen. Die Wassermannstation für Männer befindet sich in Ottakring, Hasnerstrasse 56 b (Besuchstunden Dienstag und Freitag von 19 bis 20 Uhr), die Wassermannstation für Frauen auf dem Alsergrund, Währingerstrasse 39 (Besuchstunden Montag und Freitag 18 bis 19 Uhr). Beide Stationen sind frei zugänglich; nach den vorliegenden Berichten steigt auch die Frequenz beider Stationen ständig. Welche Bedeutung die Wassermannstationen für die Volksgesundheit haben, geht schon daraus hervor, dass von den 1651 Personen, die im Jahre 1931 in den beiden Stationen untersucht wurden, 254 positiven Befund erfahren haben, dass also ungefähr 15 Prozent aller Untersuchten tatsächlich erkrankt waren. Ein sehr grosser Teil der Personen, deren Befund positiv ausgefallen war, war in Unkenntnis der erfolgten Infektion; erst die Feststellung der Erkrankung durch die Wassermannstation ermöglichte also eine rechtzeitige Bekämpfung des furchtbaren Leidens. In den Wassermannstationen des städtischen Gesundheitsamtes wurden im Vorjahre Blutuntersuchungen an 941 Männern, 488 Frauen und 222 Kindern vorgenommen; bei 131 Männern, 111 Frauen und 12 Kindern ergab sich ein positiver Befund. Durch die unentgeltliche Untersuchung wird es im Falle einer Infektion ermöglicht, rechtzeitig mit der Behandlung der Geschlechtskrankheit einzusetzen und so eine sichere und vollständige Heilung zu erzielen. Die Untersuchungen werden durchaus diskret vorgenommen; Namensnennung ist nicht erforderlich. Es liegt daher im Interesse jedes einzelnen, sich der Untersuchung zu unterziehen.

Wiederbelegung gemeinsamer Gräber im Meidlinger Friedhof.

Vom 1. November an werden die gemeinsamen Gräber der Gruppe IV im Meidlinger Friedhofe wiederbelegt. Enterdigungen von Leichenresten aus diesen Gräbern sind nur vor der Wiederbelegung zulässig. Gesuche um Enterdigungen sind bis längstens 20. Oktober bei der Magistrats-Abteilung 12 einzubringen. Auf verspätet überreichte Ansuchen wird keine Rücksicht genommen. Nach dem 1. November werden von den oben bezeichneten Gräbern die Grabkreuze auf Kosten und Gefahr der Eigentümer abgenommen und an entsprechender Stelle gelagert. Sie werden binnen Jahresfrist jenen Parteien ausgefolgt, die ihr Eigentumsrecht entsprechend nachweisen und die der Gemeinde Wien die durch die Abräumung erwachsenen Auslagen ersetzen.

Mütterschule der Stadt Wien.

In der Mütterschule der Stadt Wien, Brückengasse 3 (städtische Haushaltungsschule) beginnt am 15. Februar ein Säuglingskurs mit anschliessendem Praktikum. Der Kurs, der sechs Wochen dauert, wird Montag und Donnerstag von 16 Uhr bis 18 Uhr abgehalten. Einschreibungen in der Schulkanzlei. Fernsprecher B 25-4-19.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

36

Wien, am 6. Februar 1932.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung des Stadtsenates hält die Wiener Landesregierung eine Sitzung ab.

Der Kampf gegen den Krebs.

Beratungsstellen für Geschwulstkranke.

Wie schon berichtet wurde, hat der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung kürzlich die Errichtung von Beratungsstellen für Geschwulstkranke beschlossen, die im Kampfe der Gemeinde Wien gegen den Krebs als Volkskrankheit vorgesehen waren. Nunmehr werden zwei solche Beratungsstellen der Gemeinde Wien eröffnet. Die Beratungsstelle für Männer befindet sich in Ottakring, Hasnerstrasse 56 b, im Parterre des Gebäudes des magistratischen Bezirksamtes; Beratungsstunden finden jeden Montag von 16 Uhr 30 bis 18 Uhr 30 statt; die erste Beratung wird am 15. Februar abgehalten. Die Beratungsstelle für Frauen ist im Gebäude des magistratischen Bezirksamtes Alsergrund, Währingerstrasse 39, Ebenerdgeschoss, untergebracht; Beratungsstunden sind jeden Mittwoch von 16 Uhr 30 bis 18 Uhr 30; die erste Beratung findet am 10. Februar statt. Fallen die Beratungstage auf Feiertage, so finden keine Beratungen statt.

In den neuen Beratungsstellen für Geschwulstkranke ist die Beratung vollkommen unentgeltlich.

Die Glatteisbekämpfung in Wien.

Zu einer wirksamen und rechtzeitigen Bestreuung der Strassenübergänge und teilweise auch der Fahrbahnen bei Eintritt von Glatteis hat die Magistrats-Abteilung, der die Strassenpflege obliegt, Arbeitspläne vorgesehen, die unter anderem auch eine Reihe von Vorkehrungen zur raschen Indienststellung des Strassenpflegepersonals während der Nachtzeit treffen.

Da der normale Arbeitsbeginn beim Strassenpflegebetrieb um sieben Uhr früh ist, bei Eintritt von Glatteis in den Nachtstunden aber schon viel früher mit der Bestreuung der Strassenübergänge begonnen werden muss, besteht für das Personal des Strassenpflegebetriebes die Verpflichtung, bei Auftreten von Glatteis ausserhalb der normalen Dienststunden unverzüglich den Dienst anzutreten, sobald es in Kenntnis eines solchen Ereignisses kommt. Um nun das Personal während der Nachtstunden von dem Eintritt von Glatteisbildung möglichst rasch zu verständigen, hat die zuständige Magistrats-Abteilung die Wohnorte von 650 Strassenarbeitern und 35 Aufsichtsorganen den Sicherheitswachstuben der Polizei bekanntgegeben, so dass die Wachebeamten die Möglichkeit haben, bei Glatteiseintritt im Rahmen ihrer Kontrollgänge mit der Verständigung der Hausbesorger auch gleichzeitig die namhaft gemachten Strassenarbeiter zu alarmieren; diese Arbeiter können dann gleich die Bestreuungsarbeiten aufnehmen. Dieser Vorgang hat sich bis jetzt gut bewährt; bei Glatteisbildung in der Nacht konnte mit den Bestreuungsarbeiten so zeitlich begonnen werden, dass bei Beginn des lebhafteren Morgenverkehrs die Strassenübergänge zum grössten Teil durch Bestreuung gesichert waren.

In diesem Zusammenhange sind die Vorkehrungen bemerkenswert, die in Berlin bei Eintritt von Glatteis namentlich während der Nachtstunden getroffen werden. Um schon während der Glatteisbildung im ganzen Stadtgebiet und an möglichst vielen Orten gleichzeitig mit dem Aufstreuen beginnen zu

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 6. Februar 1932.

können, tritt in Berlin die diensthabende Polizeimannschaft bei Glatteis automatisch in Aktion. Die Schutzleute, die auf ihren Dienstgängen die einsetzende Glatteisbildung ja sofort bemerken, beginnen selbst die Strassenübergänge zu bestreuen, und zwar in der Weise, dass immer zwei Schutzleute aus den städtischen Sandkästen mit Sand gefüllte Behälter nehmen, die sie gemeinsam zu den Uebergangsstellen tragen, an welchen dann der Sand mit einer Schaufel ausgestreut wird. Selbstverständlich tritt auch in Berlin das städtische Personal des Strassenpflegebetriebes in Dienst; das Bestreuen der Strassenübergänge bei Glatteis ist ja in Berlin wie in Wien Aufgabe der zuständigen städtischen Abteilung. Da man aber in Berlin auf dem Standpunkt steht, dass es der Stadtverwaltung nicht möglich sei, ständig so viele Bereitschaftskräfte zu unterhalten oder so viele Aushilfskräfte rasch einzusetzen, wie sie bei plötzlicher Glatteisbildung notwendig sind, ist in Berlin mit der Polizei ein Uebereinkommen geschlossen worden, wonach die Schutzmannschaften ungeachtet der Verpflichtung der Stadtverwaltung bei plötzlich einsetzender Glatteisbildung verpflichtet sind, in allen Rayons sofort die Strassenübergänge zu bestreuen; die ständig auf der Strasse befindliche Schutzmannschaft ist natürlich vor allem anderen in der Lage, die Bestreuung der Strassenübergänge bei plötzlich einsetzendem Glatteis binnen wenigen Minuten vorzunehmen.

In Wien erfolgt die erste Bestreuung bei plötzlich einsetzendem Glatteis durch Strassenarbeiter unter Zuhilfenahme von Handkarren; ^{mit} Schaufeln wird der Sand auf die Uebergänge geworfen. Die zur Bestreuung erforderlichen Sandmengen sind in ganz Wien ständig in rund 540 Sandbehältern, Sandbücheln und Sandhütten bereitgehalten; sie sind an den wichtigsten Verkehrspunkten aufgestellt, sodass von diesen Behältern aus die Handkarren jederzeit rasch beladen werden können. In den äusseren Bezirken sind ausser diesen grossen Sandbehältern noch an weiteren rund 200 Stellen kleinere Sandmengen deponiert. Die notwendige Sandreserve ist in 67 Strassenreinigungshöfen und Lagerplätzen des Strassenpflegebetriebes bereitgehalten.

Ausser den Bestreuungsarbeiten von Hand aus wird bei Glatteisbildungen auch eine maschinelle Bestreuung vorgenommen. Zur Zeit verfügt der Strassenpflegebetrieb über drei automobile Sandstreumaschinen, denen zur Bestreuung der steileren Fahrbahnen bei starker Glatteisbildung durchschnittlich 100 pferdebespannte Wagen und zehn Lastkraftwagen beigegeben sind.

Für die Bestreuungsarbeiten besteht eine genaue Rayonseinteilung; ausserdem sind für die Bestreuung der einzelnen Uebergänge an wichtigen Verkehrsknotenpunkten eigene Arbeitspläne vorgesehen. In erster Linie werden die für den Fussgängerverkehr notwendigen Uebergänge, die Einsteigplätze bei Strassenbahnhaltestellen, die Rettungsinseln usw. bestreut; erst in zweiter Linie erfolgt die Fahrbahnbestreuung, und zwar hauptsächlich die Bestreuung der bei Glatteisbildungen besonders verkehrgefährlichen Fahrbahnen mit Holzstöckelpflasterung und Asphaltstrassendecken. Bei wichtigen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

37

Wien, am 8. Februar 1932.

Goldene Hochzeiter.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Johann und Theresia Bock, Ferdinand Karl und Anna Höfler, Peter und Franziska Kolenc, Johann und Katharina Krysztyński, Franz und Theresia Lakomy, Anton und Marie Pollak, Karl und Theresia Rauscher, Eduard und Anna Schlesinger, Franz und Marie Schravogl, Alois und Lina Helena Starek, Leopold und Anna Stützer, Adolf und Maria Veleba, Jakob und Pauline Wilhelm und Franz und Katharina Zuba das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Julius Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Geplante Schliessung zweier Postämter in Rudolfsheim.

Protest der Bezirksvertretung.

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim teilt mit: Nach Mitteilungen und Zeitungsnotizen beabsichtigt die Postverwaltung aus Ersparungsgründen die Postämter in der Lehnergasse 2 und in der Ullmannstrasse 37, die bisher den ganzen Tag geöffnet waren, von 12 Uhr bis 14 Uhr, also während der Mittagszeit, zu sperren. Durch diese Massnahme würde die Bevölkerung, vor allem die Geschäftswelt, schwer geschädigt werden, da beide Postämter sich im Zentrum des Geschäftsviertels befinden und heute schon über den grossen Andrang in den unzulänglichen Amtsräumen Klage geführt wird. Der stärkste Parteienverkehr wickelt sich in in den zwei Postämtern gerade in der Mittagszeit ab. Arbeiter, Angestellte, die im Beruf tätig sind, und die Geschäftsleute benützen die kurze Mittagszeit, um ihre Postsendungen zu erledigen. Bei dem heutigen Geldverkehr, der hauptsächlich durch die Post erfolgt, würde die Sperre der Postämter während der Mittagszeit nicht nur eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes, sondern auch eine Schädigung des gesamten Wirtschaftslebens bedeuten. Die Geschäftswelt weist auch darauf hin, dass von den Parteien beim Packetverkehr ab 16 Uhr eine sogenannte Spätlingsgebühr eingehoben wird; durch die beabsichtigte Verringerung der Amtsstunden würde daher der Geschäftswelt ein grosser Schaden zugefügt werden. Das im Westbahnhof befindliche Postamt, das über die Mittagszeit offen bleibt, kommt für die Parteien nicht in Betracht, da dieses Postamt schon derzeit für den Parteienverkehr zu klein ist. Ausserdem kann schon wegen der grossen Entfernung den Parteien nicht zugemutet werden, den weiten Weg zu machen und möglicherweise ihre Postsendungen wegen Zeitmangel unerledigt zurückzunehmen.

Die Bezirksvertretung hat daher einstimmig beschlossen, mit allem Nachdruck die Postdirektion aufzufordern, von der beabsichtigten Massnahme, die die gesamte Bevölkerung des Bezirkes schwer schädigen würde, Abstand zu nehmen und für beide Postämter die bisherige Amtszeit zu belassen.

Sitzung der Bezirksvertretung Neubau.

Die Bezirksvertretung Neubau tritt am Donnerstag, den 11. Februar, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

38

Wien, am 9. Februar 1932

Die Grippeerkrankungen in Wien.

Heuer um die Hälfte weniger Krankheitsfälle als im Vorjahre.

Wie das Gesundheitsamt der Stadt Wien mitteilt, sind im vergangenen Jänner 412 Anzeigen über Scharlacherkrankungen, 374 Anzeigen über Diphtherieerkrankungen und 4.970 Anzeigen über Grippeerkrankungen erstattet worden, während im Jänner 1931 445 Scharlacherkrankungen, 386 Diphtherieerkrankungen und 9.920 Grippeerkrankungen angezeigt worden waren. Demnach war die Erkrankungshäufigkeit an Scharlach und Diphtherie im vergangenen Jänner annähernd die gleiche wie im Jänner 1931, die Zahl der angezeigten Grippeerkrankungen im Jänner dieses Jahres jedoch um die Hälfte geringer als im Jänner des Vorjahres.

Rosa Paumgartner-Papier gestorben.

Auf Anregung des Bürgermeisters wird die Gemeinde Wien für die verstorbene berühmte Opernsängerin und Musikpädagogin Frau Professor Rosa Paumgartner-Papier ehrenhalber eine Grabstelle in bevorzugter Lage widmen.

Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien für Wohnhausreparaturen.

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigen, hielt am letzten Donnerstag seine 56. Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 495 Parteien in 67 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 2.761 Schilling bewilligt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 32.577 Parteien in 3.632 Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von rund 166.128 Schilling genehmigt.

Neue Kurse an der Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Haushaltungsschule der Stadt Wien, Brückengasse 3, beginnen demnächst drei neue Kurse. Am 12. Februar beginnt ein Servierkurs, am 1. März ein Diätkurs und am 14. März ein Bäckerei- und Vorspeisenkurs. Einschreibungen in der Schulkanzlei, Fernsprecher B 25-4-19.

Freiplätze der Gemeinde Wien an der Hochschule für Welthandel.

An der Hochschule für Welthandel in Wien werden für das Sommersemester 1932 und für das Wintersemester 1932/33 von der Gemeinde Wien fünf Freiplätze an Absolventen des ersten Semesters verliehen. Zur Bewerbung sind in Wien heimatberechtigte bedürftige, ordentliche Hörer der Hochschule für Welthandel, die ein tadelloses, sittliches Betragen aufweisen, berufen. Gesuche um die Freiplätze sind an den Wiener Magistrat, Abteilung 8, zu richten und an der Hochschule für Welthandel, Felix Mottlstrasse 1c, bis einschliesslich 29. Februar, einzureichen. Den Gesuchen sind Geburts- (Tauf-)schein und Heimatschein, Mittellosigkeitszeugnis, aus dem die Erwerbs-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Einschreiters und seiner unterhaltspflichtigen Angehörigen, insbesondere auch der allfällige Genuss von Stipendien oder Freiplätzen des Bewerbers oder seiner Geschwister zu ersehen sind, die letzten Studienzeugnisse und das Zeugnis über die Reifeprüfung anzuschliessen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

39

Wien, am 10. Februar 1932.

Aus der Fürsorge der Gemeinde Wien.

Wie die Magistrats-Abteilung für Statistik mitteilt, betrug im vergangenen November der Tagesdurchschnittsbesuch in den städtischen Kindergärten 7.279 Kinder und in den städtischen Kinderhorten 2.285 Kinder. Bei den Kinderausspeisungen wurden im Berichtsmonate insgesamt 410.768 Speiseportionen ausgeteilt; das bedeutet gegenüber November 1930 eine Steigerung um 4.173. Die städtischen Mutterberatungsstellen führten im vergangenen November 19.767 Beratungen durch, um 108 Beratungen weniger als im November 1930. In der offenen Fürsorge der Gemeinde wurden im Berichtsmonate für Erhaltungsbeiträge 1.226.700 Schilling, für Pflegebeiträge 369.500 Schilling, für Pflegegelder 189.800 Schilling und für Aushilfen 100.600 Schilling ausgegeben. Insgesamt wurden für diese Zweige der Fürsorge im November 1931 um 124.800 Schilling mehr ausgegeben als im November 1930. In den städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten wurden im vergangenen November 3.560 Personen aufgenommen; das sind um 125 Personen mehr als im November 1930. Die Zahl der in diesen Anstalten geleisteten Verpflegungstage betrug 536.664; von den Verpflegungstagen entfallen auf die Versorgungshäuser 232.384, auf die Anstalten für Geisteskranke 162.325 und auf die Krankenanstalten 69.934. Der städtische Rettungsdienst führte im Berichtsmonate 4.681 Hilfsleistungen und der Sanitätsbetrieb der Gemeinde 3.396 Krankentransporte durch.

Das Wiener Rathaus wird von Fremden besichtigt.

Das Wiener Rathaus, das zu den schönsten Gebäuden Wiens zählt, wird natürlich auch von Fremden, die Wien besuchen, häufig aufgesucht. Zur Erleichterung der Besichtigung der Sitzungssäle und Festsäle des Gebäudes stellt die Rathausverwaltung Fremdenführer bei. Nach dem nunmehr vorliegenden Berichte haben im Jänner des heurigen Jahres insgesamt 409 Personen die Sitzungssäle und Festsäle des Rathauses besichtigt. Von den Besuchern waren 28 Einzelbesucher und 11 Reisegruppen mit insgesamt 367 Teilnehmern. 13 der Einzelbesucher waren aus den österreichischen Bundesländern, 1 aus der Tschechoslowakei, 3 aus Rumänien, 2 aus Bulgarien, 2 aus Frankreich und 2 aus Holland gekommen; ausserdem haben 3 Besucher aus China und 2 aus den Vereinigten Staaten von Amerika die Sitzungs- und Festsäle besichtigt. Von den 11 Reisegruppen ist insbesondere eine Reisegesellschaft schwedischer Lehrerinnen mit 14 Teilnehmerinnen zu erwähnen.

Von den Bezirksvertretungen.

Die Bezirksvertretungen Landstrasse, Simmering, Meidling und Brigittenau halten morgen, Donnerstag, Plenarsitzungen ab.

Die Bezirksvertretung Landstrasse tritt um 17 Uhr, die Bezirksvertretung Simmering um 17 Uhr 30, die Bezirksvertretung Meidling um 18 Uhr und die Bezirksvertretung Brigittenau um 19 Uhr zusammen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

40

Wien, am 11. Februar 1932.

150.044 Schüler an den Wiener Volks-, Haupt- und Sonderschulen im Schul-
jahre 1930/31.

Aus dem amtlichen Bericht des Stadtschulrates für Wien.

Soeben erschien der vom geschäftsführenden zweiten Präsidenten des Stadtschulrates für Wien Otto Glöckel erstattete Bericht über die Wirksamkeit des Stadtschulrates während des Schuljahres 1930/31.

Aus dem Bericht geht hervor, dass im Berichtsjahre 150.044 Kinder die Wiener öffentlichen und privaten Volks-, Haupt- und Sonderschulen besuchten. Von den Schülern waren 74.503 Knaben und 75.541 Mädchen. Gegenüber dem Schuljahre 1929/30 war die Zahl der Schulkinder im Berichtsjahre um 6.160 grösser, da im Schuljahre 1929/30 die Wiener öffentlichen und privaten Volks-, Haupt- und Sonderschulen bloss von 143.884 Kindern, und zwar von 71.651 Knaben und 72.233 Mädchen besucht worden waren. Die sogenannten "Einjährigen Lehrkurse" besuchten im Berichtsjahre 868 Schüler; 157 Kinder erhielten häuslichen Privatunterricht.

Im Wiener öffentlichen Schulwesen wirkten, wie der Bericht feststellt, im Schuljahre 1930/31 an den Volks- und Hauptschulen insgesamt 5.334 Lehrpersonen, nämlich 2.514 Lehrer und 2.820 Lehrerinnen. Von den Lehrkräften erteilten 1.358 Lehrer und 1.910 Lehrerinnen Volksschulunterricht und 1.156 Lehrer und 910 Lehrerinnen Hauptschulunterricht. 801 Lehrpersonen erteilten Religionsunterricht und 492 Lehrerinnen Unterricht in weiblichen Handarbeiten. Im schulärztlichen Dienst standen 49 Aerzte.

Im Schuljahre 1930/31 beschäftigte sich die Öffentlichkeit ausserordentlich mit den Fragen der Schülerbeurteilung, wie Notenklassifikation oder Schülerbeschreibung, und mit der Frage der Abschaffung der Semesterzeugnisse. Darüber besagt der Bericht, dass der Stadtschulrat, um einen Ueberblick über die Stellung der Lehrkörper zu Reformmassnahmen auf dem Gebiete der Schülerbeurteilung zu erhalten, die Lehrerschaft der Volks-, Haupt- und Sonderschulen befragt habe, wie sich der Lehrkörper zur Abschaffung der Klassifikation aus Betragen und Fleiss in allen Zeugnissen oder nur im Entlassungszeugnis und zur Abschaffung des Halbjahrszeugnisses stelle. Die Erhebung ergab, dass die Mehrheit der Lehrkörper der Aufhebung der Klassifikation aus Betragen und Fleiss im Entlassungszeugnis zustimmte. Daraufhin stellte der Stadtschulrat beim Bundesministerium ^{für Unterricht} den Antrag, Noten aus Fleiss und Betragen in den Entlassungszeugnissen der Volks- und Hauptschulen entfallen zu lassen. Der Bericht führt über diese Frage weiter aus, dass mit dieser Stellungnahme des Stadtschulrates die Aktion zur Reform der Schülerbeurteilung nicht als abgeschlossen zu betrachten sei und die Diskussion in Fachkreisen und in der Elternschaft nicht zur Ruhe kommen werde. Derzeit sei allerdings an eine tiefergehende Reform nicht zu denken, da die Voraussetzungen zu einer solchen noch fehlen. Was vorläufig geleistet werden könne, sei zunächst gründliche Behandlung der Fragen der Schülerbeurteilung in Lehrerkonferenzen und Arbeitsgemeinschaften und pädagogische Aufklärung der Eltern. Die Eltern müssen vor allem über den pädagogischen Wert der Beurteilung der Schüler und ihrer Leistungen aufgeklärt werden, weil Ueberwertung und Unterwertung des Schulurteils schweren, nicht mehr gutzumachenden erzieherischen Schaden bei den Kindern anrichten können.

Die Wärmestuben um vier Stunden länger geöffnet.

Wie das städtische Wohlfahrtsamt mitteilt, werden die von der Gemeinde Wien verwalteten Wärmestuben wegen des Kälteeinbruches von heute an täglich um vier Stunden länger, nämlich von 6 Uhr abends bis 8 Uhr früh, in Betrieb sein.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

41

Wien, am 12. Februar 1932.

Im Jahre 1931 6.449 neue Gemeindewohnungen besiedelt.

Im Zuge des Wohnbauprogrammes der Gemeinde Wien sind im abgelaufenen Jahre vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember insgesamt 6.449 Wohnungen der städtischen Wohnhäuserverwaltung zur Besiedlung übergeben worden. Davon entfallen auf die Leopoldstadt 217, auf die Landstrasse 54, auf Margareten 189, auf Favoriten 2.041, auf Meidling 723, auf Hietzing 664, auf Rudolfsheim 127, auf Fünfhaus 70, auf Ottakring 470, auf Hernals 182, auf Währing 315, auf Döbling 90, auf Simmering 621 und auf Floridsdorf 695 Wohnungen. Im Jahre 1931 wurde auch auf 42 Baustellen mit dem Bau von 5.961 Wohnungen begonnen. Ausserdem wurde im vorigen Jahre die Errichtung von insgesamt 146 Siedlungshäusern und 16 Mehrfamilienhäusern mit 134 Wohnungen in Angriff genommen. Besiedelt wurden im Jahre 1931 282 Siedlungshäuser und ein Mehrfamilienhaus mit 29 Wohnungen. Im Rahmen der Heimbauhilfsaktion der Gemeinde Wien ist in der Hagenau mit der Errichtung von 68 Einfamilienhäusern begonnen worden.

.....

Diamantene und goldene Hochzeiter.

In der vorigen Woche feierte das Ehepaar Franz und Josefa Sessler seine diamantene Hochzeit. Die Ehepaare Johann und Josefa Bradler, Ignatz und Fanni Feldmann, Johann und Marie Gans, Rudolf Aloid und Melanie Graf, Ludwig und Maria Hagn, Anton und Barbara Hinterhuber, Josef und Anna Hogen, Heinrich und Franziska Homa, Josef und Therese Leicht, Stefan und Elisabeth Müllner, Albert und Käthe Palfy, Alexander und Maria Pfanner, Alexander und Marie Stumpfer und Engelbert und Leopoldine Zipke beglückwünschten gleichfalls in der vorigen Woche das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....

Von den Bezirksvertretungen.

Die Bezirksvertretung Wieden hält am Dienstag, den 16. Februar, um 16 Ur 30 eine Plenarsitzung ab.

Die Bezirksvertretung Neubau tritt am Donnerstag, den 18. Februar, um 18 Uhr zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammen. In dieser Sitzung wird die Wahl des Bezirksvorstehers vorgenommen.

.....

Mütterschule der Stadt Wien.

In der Mütterschule der Stadt Wien, Brückengasse 3 (städtische Haushaltungsschule) beginnt am 15. Februar ein Säuglingskurs mit anschließendem Praktikum. Der Kurs, der sechs Wochen dauert, wird Montag und Donnerstag von 16 Uhr bis 18 Uhr abgehalten. Einschreibungen in der Schulkanzlei. Fernsprecher B 25-4-19.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

43

Wien, am 13. Februar 1932.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt der Wiener Stadtsenat am Dienstag, um 10 Uhr vormittags zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung des Stadtsenates hält die Wiener Landesregierung eine Sitzung ab.

Der Gemeinderat der Stadt Wien tritt am Freitag, um 5 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen.

Der neue Wohnbausteuerzuschlag.

Aus vielen Anfragen und Eingaben ersieht der Magistrat, dass über die Bestimmungen des neuen Wohnbausteuergesetzes Unklarheit herrscht, insbesondere über die Bestimmung, "dass durch den Zuschlag die Gesamtsteuerleistung (bisherige Steuer samt Zuschlag) 14 vom Hundert des der Steuervorschreibung für das Jahr 1914 zugrundegelegten Bruttomietzinses (Mietwertes) mit Einschluss der Erhaltungs- und Amortisationsprozente, in Gold gerechnet, ausmacht", und bei Geschäftslokalen diesen Betrag "nicht übersteigen darf". Zunächst muss festgestellt werden, dass diese Bestimmung selbstverständlich nur eine Begrenzung in der Höhe des Zuschlages, nie aber eine Veränderung der bisher bezahlten Wohnbausteuer verursachen kann. Wenn also die bisherige Wohnbausteuer auch mehr als die oben erwähnten 14 Prozent ausmacht, was bei Villen und grösseren Wohnungen der Fall ist, so ändert sich an der bisherigen Wohnbausteuer nichts. Es ist aber kein Zuschlag zu bezahlen. Hat die bisherige Steuerleistung 14 Prozent nicht erreicht, so ist höchstens die Ergänzung auf 14 Prozent als Zuschlag zu entrichten.

Die Berechnung der 14 Prozent ist unbestritten in allen Fällen, in denen der Bemessung der derzeitigen Wohnbausteuer der Zins von August 1914 oder, in den seltenen Fällen der erstmaligen Vermietung in der Zeit zwischen 1. August 1914 und 28. Jänner 1917, der bei der erstmaligen Vermietung vereinbarte Mietzins zugrundegelegt ist. Wenn aber der betreffende Mietgegenstand am 1. August 1914 nicht vermietet war und auch seither nicht oder erst nach dem 27. Jänner 1917 vermietet worden ist, oder endlich in der räumlichen Ausdehnung, Beschaffenheit oder Ausstattung eine Veränderung erfahren hat, sodass vom Magistrat ein Mietwert an Stelle des Mietzinses bestimmt werden musste, so entsteht die Frage, ob unter "Mietwert", der in der erwähnten Bestimmung des neuen Wohnbausteuergesetzes in Klammer beigelegt ist, der im Jahre 1914 von der Steueradministration oder der vom Magistrat bestimmte Mietwert gemeint ist. Der Magistrat steht auf dem Standpunkt, dass nur der von ihm bestimmte Mietwert gemeint sein kann, und zwar schon deshalb, weil sonst die sehr zahlreichen Objekte, für die ein Mietwert der Steueradministration für 1914 überhaupt nicht bestanden hat, von jeder Begrenzung ausgeschlossen wären. Es kann unmöglich die Absicht des Finanzverfassungsgesetzes sein, zwar eine Grenze in der Besteuerung jener Objekte festzusetzen, die im Jahre 1914 vermietet waren oder für die ein Mietwert im Hauszinssteuerbemessungsverfahren bestimmt war, ^(für alle anderen Fälle) aber keinerlei Grenze festzusetzen. Es würde zu weit führen, alle anderen juristischen Gründe, die für die Ansicht des Magistrates sprechen, anzuführen. Die Bemessung des Zuschlages wird also dieser Auslegung entsprechend vor sich gehen. Selbstverständlich bleibt es jedem Steuerpflichtigen unbenommen, an die Abgabenberufungskommission oder auch an den Verwaltungsgerichtshof zu appellieren.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 13. Februar 1932.

Die Bodenwertabgabe ist nicht verfassungswidrig.

Ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes.

Der Verfassungsgerichtshof hat gestern das Erkenntnis über eine vor kurzem verhandelte Beschwerde der North British and Mercantile Insurance C.L. verkündet. In der Beschwerde war Verletzung des verfassungsmässig gewährleisteten Eigentumsrechtes durch einen Zahlungsauftrag der Bodenwertabgabe behauptet worden. Der Verfassungsgerichtshof hat nun ausgesprochen, dass durch den Bescheid der Wiener Abgabenberufungskommission, womit die Beschwerde gegen den Zahlungsauftrag über die Bodenwertabgabe abgewiesen wurde, das verfassungsgesetzlich gewährleistete Eigentumsrecht nicht verletzt worden sei. Die Beschwerde sei daher abgewiesen worden. Die Bodenwertabgabe sei keineswegs eine mit der Vermögenssteuer des Bundes gleichartige Abgabe. Die Behauptung, dass sie verfassungswidrig sei, sei daher jedenfalls unrichtig. In der Begründung verwies der Verfassungsgerichtshof auf seine ständige Spruchpraxis und auf seine beiden Erkenntnisse vom Juni 1931, die die Wertzuwachsabgabe betreffen und auf die die belangte Behörde verwiesen hatte.

Geplante Mittagssperre der Postämter.

Protest der Bezirksvertretung Landstrasse.

Nach Zeitungsnotizen und Mitteilungen hat die Postverwaltung die Absicht, 18 Wiener Postämter, die bisher den ganzen Tag geöffnet waren, in den Mittagsstunden, von 12 bis 14 Uhr, zu schliessen.

Auf der Landstrasse sollen die Postämter Wien 41, Hafengasse 24, und Wien 128, Mohngasse 20, von dieser Massnahme betroffen werden. Dadurch würde jedoch die Bevölkerung und insbesondere die Geschäftswelt schwer geschädigt. Bisher können nämlich eingeschriebene Briefe, Wertsendungen, Telegramme und andere Sendungen in der Zeit von 8 bis 19 Uhr aufgegeben werden; ausserdem haben Parteien, die ein Postfach besitzen, das Recht, schon ab 7 Uhr früh Sendungen aufzugeben. Nach Durchführung der geplanten Mittagssperre soll eine Aufgabe nur mehr von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 18 Uhr möglich sein. Da erfahrungsgemäss die Geschäftswelt und besonders die Kleingewerbetreibenden wegen Zeitmangels ihre Posterledigungen in der Mittagszeit oder abends besorgen müssen, bedeutet die geplante Sperre für sie Schaden und Zeitverlust. Die Bezirksvertretung Landstrasse hat daher in ihrer letzten Sitzung einstimmig den Beschluss gefasst, bei der Generaldirektion für das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen und bei der Postdirektion für Wien, Niederösterreich und das Burgenland aus den angeführten Gründen gegen die geplante Sperrung der Postämter in der Mittagszeit Protest zu erheben.

352 Ausrückungen der Feuerwehr im November.

Die Wiener städtische Berufsfeuerwehr führte im November 1931 insgesamt 352 Ausrückungen durch, um 1037 Ausrückungen weniger als im November 1930. Die Verminderung der Zahl der Ausrückungen um mehr als tausend erklärt sich daraus, dass am 23. und 24. November 1930 Wien von einer Sturmkatastrophe heimgesucht wurde, die allein 1.008 Ausrückungen der städtischen Feuerwehr notwendig machte. Von den im November 1931 durchgeführten Ausrückungen erfolgten 95 zu Bränden.

N=46 folgt!

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

47

Wien, am 17. Februar 1932.

Zentralwäschereien und Badeanlagen in städtischen Wohnhausanlagen.

Im Jahre 1931 hat die Gemeinde Wien in ihren Wohnhausanlagen 33 zentrale Waschküchenanlagen und ausserdem 20 Badeanlagen betrieben. Die 33 zentralen Waschküchenanlagen umfassten insgesamt 775 Einzelwaschstände, 262 Waschmaschinen, 193 Zentrifugen, 33 Bügelmaschinen, 86 Kaltmangeln und 240 Handbügelstände. Die moderne Ausstattung dieser Waschküchenanlagen mit den neuen erprobten Waschmaschinen bedeutet für viele Hausfrauen eine wesentliche Erleichterung des sonst recht mühevollen und unbequemen Waschtages. Die in städtischen Wohnhausbauten untergebrachten 20 zentralen Badeanlagen umfassen insgesamt 204 Wannen- und 253 Brausebadekabinen. Zur Zeit wird eine neue besonders grosse Zentralwaschküchen- und Badeanlage in der im Bau befindlichen grossen Wohnhausgruppe auf dem Engelsplatz in der Brigittenau errichtet.

-.-.-.-.-

Die öffentlichen Uhren in Wien.

Mit den drei öffentlichen Uhren, die im vorigen Jahre von der Gemeinde Wien aufgestellt worden sind, hat sich die Zahl der öffentlichen Uhren in Wien auf 170 erhöht. Darunter sind allerdings 13 Uhren, die nicht der Gemeinde gehören, deren Beleuchtung und Instandhaltung jedoch von der Gemeinde besorgt wird. Von den 170 öffentlichen Uhren sind 32 an Lichtmasten, 9 auf eigenen Ständern, 6 an Wetterhäuschen, 68 an Kirchen und 55 an Amtsgebäuden und Schulen angebracht; 108 Uhren sind mit elektrischem Antrieb eingerichtet, 62 Uhren werden noch mit Handaufzug betätigt; bei 120 Uhren mit transparenten Zifferblättern erfolgt die Beleuchtung durch 723 elektrische Glühlampen.

-.-.-.-.-

Die Wiener Schlichtungsstellen im November 1931.

Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik haben die Wiener Schlichtungsstellen im November des Vorjahres 1.210 Anträge auf Schlichtung von Streitfällen erledigt. Die bewilligten Instandhaltungskosten haben sich im Berichtsmonate auf 542.700 Schilling belaufen.

-.-.-.-.-

Monatsausweis über den Brennstoffverbrauch in Wien.

Nunmehr liegt der Monatsausweis der Magistratsabteilung für Statistik über den Brennstoffverbrauch im letzten November in Wien vor. Nach dieser Zusammenstellung sind im Berichtsmonate in Wien 320.000 Tonnen Brennstoffe verbraucht worden, von denen nur 93.000 Tonnen inländisches Produkt waren. Der Brennstoffverbrauch der Industrie hat im Berichtsmonate 34.000 Tonnen betragen.

-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Neubau.

Morgen, Donnerstag, tritt die Bezirksvertretung Neubau um 18 Uhr zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammen. In dieser Sitzung wird die Wahl des Bezirksvorstehers vorgenommen.

-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

49

Wien, am 19. Februar 1932.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 19. Februar 1932.

Vizebgm. Hoss eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Die Gemeinderäte Dr. Altm. Motzko und Kollegen haben folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Der "Zentralverband der Arbeitsinvaliden, deren Witwen und Waisen Oesterreichs" hat mit Schreiben vom 15. Februar an alle Ortsgruppenvorstände seiner Organisation ein Schreiben gerichtet, in dem unter Bezugnahme auf eine Intervention des Gemeinderates Reismann bei St. R. Professor Dr. Tandler mitgeteilt wird, dass bedürftige Mitglieder des Verbandes in eine Aktion der Winterhilfe eingereiht werden. Zu diesem Zwecke würden Listen der bedürftigsten Mitglieder von den Ortsgruppenvorständen eingefordert. Die Befolgung dieser Mitglieder mit Lebensmittelpaketen würde durch die Magistrats-Abteilung VIII geschehen. Es heisst in dem Schreiben weiter, dass für diese Aktion nur jene Mitglieder in Vorschlag zu bringen seien, "die mit den Mitgliedsbeiträgen am Laufenden sind". Schliesslich wird ersucht "diese Aktion nicht an die grosse Glocke zu hängen", sondern "ohne viel Aufsehen zu erregen" im Ortsgruppenkreise durchzuführen.

Dazu ist zu bemerken, dass Erhaltungsbeitragsempfänger und jede Art von Rentnern nunmehr durch zwei Aktionen von der Winterhilfe ausgeschlossen sind, insbesondere aber vom Bezuge der so begehrten Lebensmittelpakete. Durch die in dem Schreiben erwähnte Vereinbarung mit der Leitung der Winterhilfe wird dieser Grundsatz, der bisher sehr rücksichtslos festgehalten wurde, durchbrochen, jedoch sehr einseitig, nämlich zu Gunsten einer parteipolitisch orientierten Organisation. Damit ist der überparteiliche Charakter der Winterhilfe auf das schwerste gefährdet und diese Aktion gerät in den begründeten Verdacht, als Agitationsmittel zu parteipolitischen Zwecken missbraucht zu werden.

Ist dem Herrn amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler bekannt, dass entgegen der von ihm an die Fürsorgeinstitute ausgegebenen Weisung, in die Speise- und Lebensmittelaktion der Winterhilfe nur ausgesteuerte Arbeitslose und Empfänger der Notstands-aushilfe einzubeziehen, durch eine Vereinbarung mit dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden, auch die dort organisierten Rentner herangezogen werden, während alle anderen Erhaltungsbeitragsempfänger, Alters- und Unfallsrentner nach wie vor auch im Falle grösster Bedürftigkeit hievon ausgeschlossen bleiben?

Ist dem Herrn amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler bekannt, dass durch die einseitige Vereinbarung der Leitung der Winterhilfe mit dem sozialdemokratischen Zentralverband der Arbeitsinvaliden der überparteiliche Charakter der Winterhilfe tatsächlich durchbrochen ist und damit der Erfolg der Aktion auf das schwerste gefährdet wird?

Ist dem Herrn amtsführenden Stadtrat bekannt, dass durch die Bedingung, die der Zentralverband an den Bezug der Lebensmittelpakete knüpft (Nachweis über die Abstattung der Mitgliedsbeiträge) die Winterhilfe in gröblichster Weise zum Mitgliederfang und zu parteipolitischer Agitation seitens des Zentralverbandes missbraucht wird?

Es wird der Antrag gestellt, dem Gemeinderat unverzüglich über den aufgezeigten Tatbestand Aufklärung zu geben und solche Anordnungen zu treffen, die den überparteilichen Charakter der Winterhilfe Aktion herstellen und gewährleisten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

49

II. Blatt

KARL HONAY

Wien, am 19. Februar 1932.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen.

St. R. Speiser berichtet über eine Aenderung der Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien. Es handelt sich um eine Aenderung der Bestimmungen betreffend das Alter der anspruchsberechtigten Kinder der Mitglieder.

GR. Gschladt (E. L.) bemerkt, prinzipiell sei gegen die vorgeschlagene Ersparungsmaßnahme nichts einzuwenden, da es sich darum handelt, einen Gebärungsabgang bei der Krankenfürsorgeanstalt der Gemeindeangestellten zu decken. Viel bedenklicher sind jene Maßnahmen, die, ohne dass hiezu die Zustimmung des Gemeinderates erforderlich wäre, von der Krankenfürsorgeanstalt getroffen wurden, so die Erhöhung der sogenannten Drucksortengebühr und die Erhöhung der Gebühr für Rezeptformularen, die die Versicherten selbst zu tragen haben, sodass sich ergibt, dass der weitaus grössere Teil von den Mitgliedern selbst getragen wird. Das Ganze zeigt in einem kleinen Ausschnitt die Ungeheuerlichkeit sozialdemokratischer Verwaltungspolitik. Gerade in diesen Tagen wird in einem Strafprozess ein Panama sozialdemokratischer Verwaltungspolitik aufgezeigt, wo ^{die} (die übelste Form der Verquickung von Parteibelangen mit ^{bedenklichster} Macht hier und persönlicher Korruption. Wenn die Sozialdemokraten mit so heuchlerischer Augenverdrehung es beklagen, dass die Demokratie heute so viel Menschen ver-
ektl ist, so trifft gerade Sie die ganze Verantwortung und Schuld für die Kompromittierung der Demokratie. Was im Laufe der vergangenen Jahre bei der Krankenfürsorgeanstalt geschehen ist, ist eine Kette von übelst riechenden Korruptionsfällen. Dafür trägt nicht die beamtete Leitung, sondern ausschliesslich die Mehrheit die Verantwortung. Die Konstruktion der Anstalt ist ^{absichtlich} so eingerichtet worden, dass nur die Politiker dafür verantwortlich zu machen sind. In dieser Anstalt wurde eine Misswirtschaft bis an die Grenze des Verbrechens in schamlosester Weise getrieben. Das gilt insbesondere von der Personalpolitik und den Erholungsheimen. Das Personal wurde nach rein parteipolitischen Gesichtspunkten angestellt. Der erste Direktor der Anstalt Luley, der sich beim Schutzbund die Sporen verdient hatte, war der unfähigste für diesen Posten. Unter seiner Aegide ist es zu dem bekannten Wineyskandal gekommen. Damals musste die Krankenfürsorgeanstalt das schwere Opfer bringen, dass sie das Erholungsheim Wällischhof vom Verband der städtischen Angestellten übernehmen musste. Das Erholungsheim, das mit 200.000 Schilling zu Buch stand und auf 360000 geschätzt wurde, wurde um 550000 Schilling übernommen (Lebhafte Hört Hörtrufe bei den E. L.) Zu Beginn des Jahres 1922 hatte sich herausgestellt, dass der damalige amtsführende Stadtrat Grünwald auf seinen Posten unmöglich geworden ist und den postenlos gewordenen amtsführenden Stadtrat hat man sofort versorgt, aber nicht mit den Mitteln der sozialdemokratischen Partei, sondern mit den Mitteln der Krankenfürsorgeanstalt und zwar wurde für ihn ein eigener ganz überflüssiger Posten eines Fachkonsulenten geschaffen mit einem Gehalt, der dem eines amtsführenden Stadtrates fast erreicht. (Lebhafte Hört Hörtrufe bei der E. L.) Sein Gehalt war höher als der des Direktors und des Chefarztes der Anstalt (Lebhafte Hört Hörtrufe bei der E. L.) In zehn Jahren ging auf den Gehalt des Fachkonsulenten der Betrag von 200.000 Schilling auf, um den die Krankenfürsorge passiv ist (Hört Hört bei der E. L.) Das wurde erst vorgestern geändert und es ist ein Verdienst des St. R. Speiser, diese Aenderung

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 19. Februar 1932.

herbeigeführt zu haben. Der Mann bezieht heute noch immer 1600 bis 1700 Schilling im Monat (Lebhaftes Hört Hörtrufe bei der E.L.).

St. R. Speiser : Solche Formen der Agitation sind Ihrer unwürdig!

GR. Gschladt bespricht sodann den Ankauf des Heimes Schloss Wolfsb^{erg} durch die ^{Krankenfürsorgeanstalt}. Es ist das eine Ruine, die etwa 50.000 Schilling Investitionen erfordert hätte. Dieses Schloss stand in den Büchern der Anstalt im Jahre 1925 mit 153.000, im Jahre 1926 mit 102.000, im Jahre 1927 mit 125.000, im Jahre 1928 mit 130.000 * & im Jahre 1929 mit 127.000 und im Jahre 1930 mit 69.000 Schilling zu Buch (Hört Hört bei der E.L.) Man hatte also Jahre hindurch trotz aller Vorstellungen das Doppelte des wahren Wertes zu Buch gestellt. Dann ist das Schloss um 62.000 Schilling verkauft worden. Man hat also jahrelang den Mitgliedern einen falschen Bericht erstattet. Das Kindererholungsheim Seebenstein hat man um 100.000 Schilling angekauft und im Laufe der Zeit ungefähr das Dreifache hineinstecken müssen. Schliesslich erwähnt GR. Gschladt noch, dass dem Direktor Luley, den die Winexaffäre das Genick gebrochen hatte, eine Ehrenpension bewilligt worden ist. Er erklärt, gegen den vorliegenden Antrag zu stimmen (Lebhafter Beifall b.d.E.L.)

St. R. Speiser beantragt, dass die vorgeschlagene Massnahme mit 1. März dieses Jahres in Kraft ^{treten} soll. St. R. Speiser befasst sich sodann mit den Ausführungen des GR. Gschladt und bemerkt, GR. Gschladt habe neuerlich eine Reihe von Vorwürfen erhoben, die schon einige Male im Gemeinderat erörtert und widerlegt worden sind. Er hat heute, wie man es bei ihm ja gewöhnt ist, ausserordentlich starke Worte gebraucht, die ich auf das entschiedenste zurückweisen muss. GR. Gschladt hat es auch für richtig befunden, einen im Gang befindlichen Prozess in die Debatte zu ziehen. Ich werde seinem Beispiel nicht folgen. (Zwischenrufe bei der E.L.: Das ist begreiflich!) Es gäbe in diesem Prozess gar vieles, was man kritisieren könnte und es könnte mit vollem Recht behauptet werden, die Art, wie dieser Prozess geführt wird, zeigt, dass in Oesterreich nicht nur Verwaltungsagenden, sondern Gerichtsagenden von politischen Einflüssen durchaus nicht frei sind.

Diese Bemerkung, die von der Mehrheit mit lebhaftem Beifall aufgenommen wird, ruft bei der E.L. einen Sturm der Entrüstung hervor. Minutenlang wird dem St. R. Speiser von der E.L. zugerufen: Das ist doch unerhört!

St. R. DR. Dr. Dostal ruft: Das wagt man vom Referententisch aus zu sagen!

GR. Preyer (E.L.) Das leistet sich ein Referent, so eine Gaunerei zu verteidigen!

GR. Dr. Alma Motzko ruft dem Vorsitzenden Zu: Rufen Sie den Referenten zur Ordnung!

GR. Preyer : Korruption! Vom Kopf bis zu den Füßen stinkt es!

GR. Dr. Hengl (E.L.) : Sie verteidigen hier Verbrechen.

So oft der Referent versucht seine Rede fortzusetzen, wird er von stürmischen Zwischenrufen der Christlichsozialen unterbrochen. Im Saale herrscht minutenlang tosender Lärm.

GR. Dr. Dostal (E.L.) ruft ununterbrochen dem Vorsitzenden Weigl der wiederholt zur Ruhe mahnt, zu: Rufen Sie den Referenten zur Ordnung!

Diese Rufe werden von den Sozialdemokraten mit stürmischen Gegenrufen beantwortet.

GR. Hiess (soz. dem.) : Unerhört, was sich der Dostal erlaubt! Führen Sie hier die Geschäfte? Was der Mensch sich einbildet!

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

4. Blatt

Wien, am 19. Februar 1932.

GR. Eisinger (soz. dem.): Unerhört! Ein Advokat, der so frech ist! Sie glauben, Ihre juristische Bildung erlaubt Ihnen frech zu sein, Sie Hausherrenlakei!

GR. Schleifer: So eine Frechheit von dem Hausherrenlakei!

GR. Huber (E.L.): Der Staatsanwalt wartet schon auf ein paar von Euch (Anhaltende stürmische Zwischenrufe. - Grosser Lärm.)

GR. Bermann: Was für Manieren dieser Dostal hier herein gebracht hat

GR. Dr. Wagner (E.L.): Die Entgleisung hat St. R. Speiser begangen!

St. R. Speiser: Vielleicht wird es mir doch vergönnt sein, meine Ausführungen fortzusetzen.

GR. Dr. Dostal: Bis Sie der Vorsitzende zur Ordnung gerufen hat (Stürmische Zwischenrufe bei der Mehrheit) (Anhaltender Lärm)

GR. Eisinger: Für den Herren braucht man den Ausschlussparagrafen. Sie sind ein Hausherrenlakei.

GR. Dr. Dostal: Sie sind ein blöder Kerl!

GR. Preyer: Sie Oberverleumder! Das ist eine jüdische Frechheit.

Nur langsam legt sich der Lärm und St. R. Speiser setzt seine Ausführungen fort, in dem er bemerkt, er verstehe nicht, warum sich die Christlichsozialen G. Aenderäte über seine Aeusserungen so aufgeregt hätten. Vorgänge bei Gericht sind in Oesterreich schon sehr oft und zwar von hervorragenden Anhängern der christlichsozialen Partei in der schärfsten Weise kritisiert worden. Man erinnere sich nur der Kritik des Dr. Lueger bei gewissen Pressprozessen!

GR. Dr. Dostal: Das waren Politika! Hier handelte es sich um einen Verwaltungsskandal!

St. R. Speiser: Auch hier handelt es sich um ein Politikum. Jedes Kind in Oesterreich weiss, dass die Staatsanwälte politisch beeinflusst sind. (GR. Dr. Dostal: Sie dürfen als Referent hier nicht so sprechen!) Wenn Sie von mir verlangen, dass ich hier sachlich spreche, dürfen Sie nicht Redner auftreten lassen, die bei einer solchen Gelegenheit wie einer Aenderung des Statuts der Krankenfürsorgeanstalt einen im Gang befindlichen Prozess in die Debatte ziehen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Was die Ausführungen des GR. Gschladt betrifft, so ist es zunächst unrichtig, dass in der Krankenfürsorgeanstalt nur Sozialdemokraten angestellt sind. Es befinden sich unter den Angestellten der Anstalt vielmehr eine ganze Reihe anders Gesinnter. Unrichtig ist weiter die Behauptung des GR. Gschladt, dass St. R. Grünwald auf seinem Posten als Stadtrat unmöglich geworden war und dass er als Konsulent bei der Krankenfürsorgeanstalt angestellt wurde, weil er obdach- oder postenlos gewesen ist. Richtig ist vielmehr, dass sich Stadtrat Grünwald von einem Arbeitsgebiet, das ihm nicht ^{sympathisch} war, zurückgezogen hat, was für ihn viel ehrenvoller ist, als wenn er an dem Amte, für das er keine Vorliebe hatte, kleben geblieben wäre. Grünwald war bevor er Stadtrat wurde, Angestellter der Gewerkschaftskommission, ist damals beurlaubt worden und hätte jederzeit Gelegenheit gehabt, auf seinen früheren Posten zurückzukehren. Da er aber ein hervorragender Fachmann auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens ist, hat sich die Krankenfürsorgeanstalt, die damals begründet wurde, und die eines solchen Fachmannes bedurfte, sich seine Mithilfe gesichert. Grünwald, der eine 18jährige Erfahrung im Krankenkassenwesen mitbrachte, hat beim Aufbau der Krankenfürsorgeanstalt ausserordentlich wichtige und nützliche Dienste geleistet. Er hat die Anstalt eingerichtet, die Statuten ausgestaltet, die Verhandlungen mit den Aerzten geführt. Als er vom Posten des amtsführenden Stadtrates schied, hat er bedeutend geringere Bezüge bei der Krankenfürsorgeanstalt erhalten. Da bekanntlich die Bezüge der Stadträte von den

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

5. Blatt

Wien, am 19. II. 1932.

Bezügen der Bundesangestellten, die Bezüge der Funktionäre der Krankenfürsorgeanstalt aber von denen der Gemeindeangestellten abhängig sind, sind die Bezüge dieses Fachkonsulenten mittlerweile bedeutend höher gestiegen, als die Bezüge der amtsführenden Stadträte. Grünwald hat wie auch andere Funktionäre der Krankenfürsorgeanstalt einen Vertrag und bis vor einiger Zeit war es üblich, solche Verträge nicht zu ändern. Erst als dies üblich geworden ist, wurden auch die Herren der Anstalt ersucht, einer Regulierung ihrer Bezüge zuzustimmen. Die Herren sind entgegengekommen. Ihnen wurden die Bezüge nicht nur in gleicher Weise wie den städtischen Angestellten gekürzt, sondern darüber hinaus haben sie freiwillig auf einen bedeutenden Teil ihres Einkommens verzichtet, so der Fachkonsulent auf einen Betrag von 400 bis 500 Schilling im Monat. Was den Ankauf diverser Erholungsheime durch die Krankenfürsorgeanstalt betrifft, so steht die Krankenfürsorgeanstalt in dieser Beziehung nicht allein da. Nach dem Umsturz war es üblich, dass sich die Krankenkassen, und zwar auch die christlichsozialer Richtung, mit Erholungsheimen eingedeckt haben. Wolfsberg ist s. einerzeit um einen Betrag von 48 Millionen Kronen gekauft worden, der Wert wurde dann auf Schilling umgerechnet, und zwar wurde statt dass eine neuerliche Schätzung vorgenommen wurde, einfach der Umrechnungsschlüssel angewendet. Eine neuerliche Schätzung des Objektes hat dann ergeben, dass die Schätzungssumme zu hoch ist, und es wurde die notwendige Korrektur vorgenommen. Dass eine Schätzung einmal zu hoch gegriffen wird, ist nichts verwunderliches, bekanntlich ist unter Fachleuten die Schätzung von Objekten oft äusserst bestritten. Der Ankauf von Wällischhof ist im Gemeinderat seinerzeit ausführlichst erörtert worden. Das Objekt wurde seinerzeit angekauft, um die Krankenfürsorgeanstalt davor zu behüten, beim Zusammenbruch der Indusbank Geld zu verlieren. Der Kaufwert betrug 550.000 Schilling und die vom Stadtbaudirektor vorgenommene Schätzung lautet auf ungefähr den gleichen Betrag. Wällischhof ist ein mustergültig eingerichtetes Heim und es ist nur zu bedauern, dass so wenige Gemeindeangestellte von diesem herrlichen Heim Gebrauch machen. Das Kinderheim Seebenstein ist, wie es ja bei Kinderheimen regelmässig vorkommt, nicht ganz rentabel, aber es hat in sozialer Beziehung ausserordentliche Erfolge erzielt und wir können mit Stolz feststellen, dass diese Anstalt eine der besten ihrer Art ist. (Beifall).

Der Antrag und der Zusatzantrag des Referanten werden angenommen.

St. R. Breitner ersucht um Kenntnisnahme der im ersten periodischen Bericht aus 1932 enthaltenen Zuschusskredite des Jahres 1931. Es handelt sich unter anderem um einen Zuschusskredit von 90.000 Schilling in der offenen Armenpflege für Arzneien, Bandagisten- und Optikerwaren. Der Gesamtkredit macht 470.000 Schilling aus, im Budget waren hierfür 370.000 Schilling veranschlagt gewesen. Einen zweiten Zuschusskredit erforderte die Post "Erhaltungsbeiträge"; es handelt sich um einen Zuschusskredit von 150.000 Schilling. Der Gesamtkredit beträgt 14'55 Millionen Schilling gegenüber einem Budgetansatz von 13 Millionen Schilling. Weiters war ein zweiter Zuschusskredit, und zwar in der Höhe von 370.000 Schilling, für die Post "Pflegegelder und Pflegebeiträge" erforderlich. Der Gesamtkredit beträgt nunmehr 6'45 Millionen Schilling, während im Budget 4'50 Millionen Schilling veranschlagt gewesen sind.

GR. Dr. Arnold (E. L.) führt aus, dass die Steigerung des Budgetansatzes für Arzneien, Bandagisten- und Optikerwaren bloss 7 Prozent betrage, während die Zahl der Arbeitslosen, die zur Fürsorge gestossen sind, um 15 Prozent gestiegen sei. Daraus ergebe sich, dass die Gemeinde sogar bei den dringendsten

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

6. Blatt

Wien, am 19. Februar 1932.

Lebensnotwendigkeiten armer und ärmster Menschen spare. Die Steigerung der Post "Erhaltungsbeiträge" mache gegenüber 1930 bloss 4 Prozent aus; sie entspreche absolut nicht dem Ansteigen der Not. Die Erledigung der Ansuchen um Erhaltungsbeiträge lasse ebenfalls sehr zu wünschen übrig. Der Redner führt einige Fälle an, in denen das Gesuch um einen Erhaltungsbeitrag am 19. Oktober 1931 vom Fürsorgeinstitut an die Magistratsabteilung 8 weitergeleitet wurde, aber bis heute noch nicht erledigt ist. Einem 78jährigen Mann wurde in der Sitzung der Fürsorgeräte eine Pfründe von 30 Schilling zugesprochen, die aber nicht bewilligt erhalten hat. Der Mann hat 2 Söhne; der eine Sohn verweigert seinen alten Vater einen Erhaltungsbeitrag, der andere Sohn ist unbekanntes Aufenthaltes. In seiner Verzweiflung hat der alte Mann einen Selbstmordversuch verübt, war dann auf der psychiatrischen Klinik und ist jetzt in Lainz. So sieht die Drosselung im Fürsorgewesen in der Praxis aus. Im Mai 1931 wurden Normalien des Jugendamtes erlassen, die weder den Ausschuss noch den Gemeinderat beschäftigt haben. Es wurde uns gesagt, es handle sich um probeweise Massnahmen, um eine Beschleunigung des Amtsweges herbeizuführen, die aber nicht eingetreten ist. Es wurden auch Richtlinien über die Gewährung von Pflegebeiträgen erlassen. Sie setzen das Einkommen einer Mutter mit Kind mit monatlich 65 Schilling fest. Geht das Einkommen der Mutter darüber hinaus, erhält sie für ihr Kind keinen Pflegebeitrag. Für 3 Personen wurde das Monatseinkommen mit 90 Schilling, für 7 Personen (die Eltern und 5 Kinder) mit 160 Schilling festgesetzt. Es entfällt im letzten Falle pro Kopf und Tag der Betrag von 76 Groschen. Uebersteigen Einkommen den Betrag von 90 Schilling und 160 Schilling, wird kein Pflegebeitrag gegeben. Es werden auch alle anderen Zuwendungen, wie Kinderausspeisung usw., in die Pflegebeiträge eingerechnet, sodass der Gewährung von Pflegebeiträgen sehr enge Grenzen gezogen sind. In einer städtischen Baracke wohnt ein Elternpaar mit 5 Kindern; für 3 Kinder davon hat die Gemeinde je einen Pflegebeitrag von 16 Schilling gewährt. Das Ehepaar ist mit dem Zins um etwa über 100 Schilling in Rückstand gekommen und da wurde von der Magistrats-Abteilung 7 verfügt, dass zur Deckung des laufenden Zinses und zur Abstattung des Zinsenrückstandes ein Pflegebeitrag zu verwenden ist. Wenn ein privater Hausherr so etwas machen würde, gäbe es einen unerhörten Skandal. Sie aber konfiszieren einem Kinde eines Arbeitslosen die Einbrennsuppe, um den Zins für die städtische Wohnhäuserverwaltung hereinzubringen. Aus allen diesen Gründen muss St. R. Breitner sich die Zustimmung für diese Zuschusskredite von den sozialdemokratischen Vertrauensmännern einholen, weil diese ja ohnedies mehr zu reden haben als der Gemeinderat. (Beifall bei der E. L.)

St. R. Dr. Alma Motzko (E. L.) beschwert sich, dass die Arbeit der freigeählten Mandatäre in der Fürsorge immer mehr gehemmt und eingeschränkt wird. Auf allen Gebieten der Fürsorge werde gespart. So fehlt heuer die schon seit Jahren geübte Kohlenaktion. Die Kohlenkarten, die heuer ausgegeben werden, gehen unter dem Titel der Winterhilfe. Die Pfründner sind bei der zweiten und dritten Ausgabe von Lebensmittelpaketen ausgeschlossen worden. Der christlichsoziale Fürsorgerat Ottakring hat eine Resolution gefasst, die sich gegen diesen Ausschluss der Pfründner und Pfründnerinnen richtet. Bei der Winterhilfsaktion ist man schon bei der Ausgabe der Fürsorgeblätter etwas zu sehr bürokratisch gewesen. Nachzügler wurden vielfach nicht mit einem Fürsorgeblatt ausgestattet. Die Magistrats-Abteilung 8 ist verstopft mit Gesuchen um Erhaltungsbeiträge. Wird dann ein Gesuch günstig erledigt, erhält die Partei die Pfründe nicht rückwirkend. Anderen Pfründnern wieder wird die Pfründe bewilligt, ihnen die Pfründe aber nach 2 Monaten wieder

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

7. Blatt

Wien, am 19. Februar 1932

entzogen. Dahinter stecken ersparungswütige Versuche. Rücksichtslos werden auch Rekurse gegen Nichtbewilligung der Pfründe abgelehnt, oft mit der unglaublichsten Begründung. Der Erlass hinsichtlich der Gewährung von Pflegebeiträgen ist noch immer in Kraft, dieser Schanderlass muss endlich einmal rückgezogen werden. Während Sie Erhaltungsbeiträge von 12 bis 16 Schilling geben, betragen die Pflegebeiträge in Deutschland für ein Kind von 7 bis 14 Jahren 1 Mark 10, für ein Kind von 3 bis 6 Jahren 1 Mark 20 und für ein Kind bis zu 2 Jahren 1 Mark 50 täglich. Das sind andere Beiträge als die Wiener Beiträge. In den Fürsorgeinstituten kommt es schon zu Revolten, die sehr begreiflich sind. Sie reden und schreiben sehr viel von der Fürsorge, aber in der Praxis sieht es ganz anders aus. Ihre offene Fürsorge ist eine brutale Unterdrückung der Notleidenden, aber keine Hilfe. (Beifall).

St. R. Prof. Dr. Tandler erwidert auf die Ausführungen der GR.

Dr. Arnold und Dr. Motzko, dass es ein Gebot der Zeit sei, bei Ueberflüssigkeiten zu sparen. So musste auch der Not der Zeit entsprechend bei den Plattfusseinlagen gespart werden. Während nämlich eine Plattfusseinlage vom Modell des Fusses abgenommen 18 Schilling kostet, werden die schon fertigen Einlagen der Gemeinde schon um den Preis von 2'50 Schilling angeboten. Hier zu sparen, gebietet einfach die Not der Zeit. Dass auch bei Medikamenten gespart werden muss, beweist schon der Fall eines Armenarztes, der für die Gesichtssalbe einer alten Pfründnerin Rosenöl verschrieben hat. Die Gesichtssalbe für diese alte Frau hat 6 Schilling gekostet. Auf den Vorwurf, dass die Gesuche monatelang nicht erledigt werden, erwidert Prof. Tandler, dass im Jahr etwa 18.000 bis 20.000 Gesuche einlaufen. Ein solcher Einlauf macht natürlich viele Erhebungen notwendig, die gemacht werden müssen, um nicht die Menschen zu professionellen Gesuchstellern zu erziehen. Was die hinausgegebenen Richtlinien betrifft, so haben sie nur bei vielköpfigen Familien, deren es sehr wenige in Wien gibt, eine gewisse Beschränkung zur Folge. Solche Richtlinien bestehen auch in Deutschland seit vielen Jahren. Was die Kohlenzettel anbelangt, bedauere ich, dass auf dem Kohlenzettel der Gemeinde Wien das Wort "Winterhilfe" daraufsteht, das ist sicher ein Fehler. Wenn wir uns bei der 2. und 3. Ausgabe der Winterhilfe, pakete auf die Ausgesteuerten und die Empfänger der Notstandswinterstützung beschränken mussten, so nur deshalb, weil es darüber hinaus der Winterhilfe an den nötigen Mitteln fehlt. Am Schlusse gibt St. R. Tandler zu bedenken, dass es in dieser Stadt noch nie eine Zeit gegeben hat, die an das Fürsorgewesen solche Anforderungen gestellt hätte wie die heutige. (Lebhafter Beifall b. d. Mehrheit).

St. R. Breitner bemerkt, ein Vergleich der Ausgaben in gewissen Fürsorgepositionen der Jahre 1929 und 1931 und andererseits ein Vergleich der Einnahmen in diesen beiden Jahren zeige, dass die Gemeindeverwaltung alle erdenklichen Anstrengungen gemacht habe, um der gegenwärtigen furchtbaren Not entgegenzutreten. Im Jahre 1929 hat die Gemeinde für Arzneien 359.000 Schilling ausgegeben. Im Jahre 1931 469.000, das ist eine Steigerung um 31 Prozent. Die Erhaltungsbeiträge haben im Jahre 1929 11,445.000 Schilling erfordert. Im Jahre 1931 14,515.000 Schilling. Das ist ein Zuwachs von 27 Prozent. An Pflegegeldern sind im Jahre 1929 verausgabt worden 4,480.000 Schilling. Im Jahre 1931 6,450.000 Schilling. Das ist eine Steigerung um 44 Prozent. In der gleichen Zeit von 1929 auf 1931 sind die Gemeindesteuern um rund 30 Millionen also um 15 Prozent zurückgegangen. Das Jahr 1931 war das erste, in der die Kürzung Wiens bei der Abgabenteilung zur Auswirkung gekommen ist. Während Wien im Jahre 1929 an Abgabenertragsanteilen 136 Millionen eingenommen hat, hat es im Jahre 1931 nicht ganz 88 Millionen eingenommen. Das

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

8. Blatt

Wien, am 19. II. 1932

ist eine Kürzung der Einnahmen um $35\frac{1}{2}$ Prozent. Wenn eine Gemeinde in zwei Steuerposten innerhalb zweier Jahre ein Minus von 78 Millionen zu verzeichnen hat, wäre es schon eine ungeheure Leistung, wenn man diese Ausgaben der Fürsorge aufrechterhält. Sie wurden aber nicht bloß aufrechterhalten, sondern in diesen 3 Positionen ebenso natürlich auch in anderen gesteigert. Das beweist, dass alle erdenklichen Anstrengungen von der Gemeinde geacht gemacht wurden, um ihren sozialen Pflichten in dieser furchtbaren schweren Zeit zu entsprechen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Vizebgm. Emmerling referiert über den Antrag betreffend die Gewährung eines Sachkredites von 1.200.000 Schilling für den Bau einer Gasbehälteranlage im XIII. Bezirk. Mit Rücksicht auf die zu erwartende Steigerung des Gasverbrauchs in den nächsten Jahren ist die Aufstellung des Gasbehälters im westlichen Teile der Stadt geplant. Der Gasbehälter hat einen Fassungsraum von 30.000 Kubikmetern, er wird etwa 40 bis 50 Meter hoch und etwa 30 Meter breit sein.

St. R. Kunschak (E. L.) bemerkt, die Errichtung eines solchen Gasbehälters im 13. Bezirk ist vom städtebaulichen Standpunkt geradezu ein Skandal, und eine solche Gefühllosigkeit, dass man staunen muss, dass sie dem Gemeinderat überhaupt zugemutet wird. Wir verstehen sehr wohl die Erfordernisse des Gaswerkes, aber man kann nicht aus Bequemlichkeitsgründen der Technik einen Stadtteil so verschandeln wollen. Der 13. Bezirk ist seit Jahren in den Stadtbauplänen und in den Bauvorschriften besonders gepflegt worden. Und auch das Wohnbauamt hat für die landschaftliche Gestaltung des Bezirkes bei seinen Wohnhausbauten volles Verständnis gezeigt. Das alles existiert aber nicht für das städtische Gaswerk. In diesem schönen Bezirksteil will man nun ein Ungetüm von 50 Metern Höhe und 30 Metern Breite hineinstellen. Wo bleibt da das Stadtbauamt und der Stadtbaudirektor? Wir bitten, das Referat von der Tagesordnung abzusetzen und das Gaswerk zu beauftragen, eine andere Lösung dieser Frage vorzuschlagen. Wir wenden uns insbesondere auch an das Wiener Herz des Bürgermeisters, das er in seinen Taten schon gezeigt hat und bitten ihn, uns zu helfen, dass von der Absicht abgestanden wird.

Bgm. Seitz bemerkt zunächst, es handle sich nach den Berichten der verantwortlichen Amtsstellen und insbesondere des massgebenden amtsführenden Stadtrates um eine Angelegenheit, die einer raschen Erledigung bedarf und deren Durchführung notwendig ist. ^{noch} wolle er sich der Argumentation des St. R. Kunschak nicht verschliessen und werde ~~...~~ persönlich die Sache besichtigen und mit den zuständigen Stellen noch einmal beraten. Ohne aber irgendwie ~~...~~ vorzugreifen, werde er den Gegenstand von der Tagesordnung absetzen.

Der Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Es gelangt sodann der Dringlichkeitsantrag der Gemeinderätin Dr. Motzko und Kollegen zur Verhandlung. G. Rätin Dr. Motzko bemerkt in Begründung der Dringlichkeit, die erste Voraussetzung für das Zustandekommen und Gelingen der Winterhilfe war die Festsetzung dieser Aktion als einer vollkommen überparteilichen. Nun ist dieser Charakter der Winterhilfe durch die in der dringlichen Anfrage geschilderten Vereinbarung mit dem sozialistischen Verband der Arbeitsinvaliden durchbrochen worden. Diese Vereinbarung wurde ohne Auktorium und ohne Organisationsausschuss getroffen. Es entsteht daraus die schwere Gefahr, dass das Werk der Winterhilfe so seine Werbekraft verliert.

Der Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

9. Blatt

Wien, am 19. Februar 1932.

GRTIN Motzko bemerkt in merito, ihre Partei habe wiederholt bemängelt, dass die Winterhilfeaktion nicht in richtiger Weise durchgeführt werde, in dem die Alters- und Unfallrentner jetzt nicht einbezogen werden. Während St. R. Tandler auf diesem Standpunkt beharrt, wird zugunsten eines ausgeprochen sozialistischen Vereines, dessen Mitglieder auch Rentenempfänger sind, dieser Grundsatz durchbrochen. Wir haben in den letzten Wochen wiederholt Klagen gehört, dass in der Winterhilfe parteipolitisch vorgegangen werde. Wir haben das nicht glauben wollen. Wir bedauern es insbesondere, dass ein Funktionär des GR, Gemeinderat Reismann auf Umwegen Mittel der Winterhilfe in eine sozialistische Organisation abgelehnt habe. Wir haben auch als Gerücht gehört, dass GR. Reismann in einer Pfründnerversammlung des 14. Bezirkes erklärte, jene die sich bei den kommenden Wahlen der sozialistischen Partei geneigt zeigen, werden eine Anerkennung in Form eines Lebensmittelpaketes erhalten (Hört Hörtrufe bei der E.L.) Wenn das wahr ist, werden wir in der Oeffentlichkeit darüber diskutieren, in welcher Art Sie Parteimissbrauch mit den Mitteln der Gemeinde treiben. Zu all dem kommt noch, dass die Lebensmittelpakete vom Zentralverband nur denjenigen Mitgliedern gegeben werden, die mit den Mitgliedsbeiträgen am Laufenden sind (Stürmische Hört Hörtrufe bei der E.L.) Das ist bezeichnend für Ihre Auffassung von der Fürsorge.

GR. Preyer (E.L.): Das ist schon wieder so eine Korruptionsgeschichte! Vorsitzender Hofbauer: Ich muss diese Ausdrücke hier rügen.

GR. Preyer: Aber es ist trotzdem so. Es ist ein Skandal!

GR. Hedorfer (soz. dem.) Aber Preyer, das ist ja kein Doppelliter, das ist doch das Wohlfahrtswesen (Lebhafte Heiterkeit!)

G. Rtin Dr. Motzko bemerkt, was man hier getan habe, erinnere sehr an die Methoden, die jetzt anders wo eine sehr scharfe Beurteilung und Verurteilung finden. Diese Methoden werden wir hier nicht dulden und vor allem werden wir nicht dulden, dass Sie in die Winterhilfe eindringen. *(Lkl. Beif. bis Sen. Ehrlich)*

St. R. Tandler bemerkt, er sei den Interpellanten sehr dankbar, dass sie ihm Gelegenheit gegeben hätten, auf diese Angelegenheit in aller Oeffentlichkeit zurückzukommen. Er habe von der ganzen Angelegenheit gestern das erste Mal aus der Neuen Zeitung Kenntnis erhalten und habe gleich gestern an die Neue Zeitung einen Brief geschrieben, in dem es heisst: "Vor mehreren Monaten hat sich der Reichsverband der Arbeitsinvaliden, deren Witwen und Waisen Oesterrichs, Wien, VI., Bürgerspitalgasse 21" durch eine Deputation unter der Führung des Obmannes Herrn Wallner an mich gewandt, um verschiedene Fürsorgefragen, aber auch die Eihstellung der Winterhilfe zu seinem Verbande zu besprechen. Ich habe die nötigen Auskünfte gegeben und ausdrücklich betont, dass die Winterhilfe keine wie immer geartete Organisation als Ganze unterstützen könne, sondern dass es sich wie immer in der Fürsorge um Individualfürsorge handle und selbstverständlich kein Mitglied einer Organisation, sei es nun einer Organisation von Rentenbeziehern oder Körperbehinderten von dieser Aktion ausgeschlossen werden dürfe. Die Beschwerden, die von der Deputation vorgebracht wurden, wurden von mir übernommen und der Recherche übergeben. Bei dieser Gelegenheit habe ich genau so wie bei den zahlreichen Deputationen im Laufe der vielen Jahre immer wieder gesagt, ich sei in jedem Fall, in dem ein Unrecht vorzuliegen scheint, bereit, erheben zu lassen und soweit es möglich ist, zu helfen. Die Mitglieder der Deputation waren damit einverstanden und versprachen, die Meldung solcher Fälle an mich zu schicken. Einige Tage später stand in verschiedenen Zeitungen, dass die Deputation des Reichsverbandes bei mir gewesen sei und erreicht habe, dass ihr Verband an die Winterhilfe angeschlossen werde. In der Folge kamen nun eine Reihe von humanitären Organisationen, unter ihnen auch der "Zentralverband der Arbeitsinvaliden" mit dem Wunsche, ebenfalls in die Winterhilfe aufgenommen zu werden. Ich habe allen Deputationen dasselbe gesagt und allen erklärt, für die Bekämpfung einzelner Fälle, in denen Unrecht vorliegt, sei ich nur dankbar. Auch von diesen Organisationen wurden mir solche Fälle namhaft gemacht. Gelegentlich einer Besprechung mit Herrn GR. Reismann, der auch Fürsorgeinstitutsvorstand des 12. Bezirkes ist, wies ich auf die verschiedenen Rekrimationen der Organisationen hin, auch solche, die aus dem von ihm befürsorgten Bezirke stammen und ersuchte ihm, da er die Funktionäre des Zentralverbandes kannte, mit diesen zu sprechen, damit sie ordnungsgemäss ausgefertigte Angaben und nicht lange

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

10. Blatt
an mich abgehen

Wien, am 19. Februar 1932.

an mich abgehen lassen. Herr GR. Reismann erzählte mir einige Zeit später, dass er mit den Verbandsmitgliedern des Zentralverbandes Rücksprache gepflogen habe. Das ist die Intervention des Herrn GR. Reismann und das ist die Aktion, von der in dem Rundschreiben die Rede ist. Ich möchte bemerken, dass seit Jahren der Reichsverband und auch noch andere der verschiedensten politischen Richtung angehörende Organisationen sich schriftlich oder deputativ an mich gewandt haben und dass sie nahezu alle aus agitatorischen Gründen nicht immer genau die Abmachungen einhalten oder publiziert haben, dass aber nicht die Spur irgend einer Ungehörigkeit, vor allem einer Begünstigung, aus all dem erfolgt ist. Um die internen mündlichen und schriftlichen Ausstreuungen und Kundmachungen der humanitären Organisationen mich zu kümmern ist weder mein Recht noch gar meine Pflicht. Dass die Vereine aller Art darauf bestehen, sich nur für jene Menschen einzusetzen, die ihre Mitgliedsbeiträge bezahlen, also Mitglieder der Vereinigungen sind, ist mir bekannt. Aber auch das ist eine Angelegenheit in die ich mich nicht einmengen darf. Ich möchte also zum Schlusse feststellen, von einer protektiven Wirkung, von irgendeiner ungehörigen Beeinflussung der Fürsorge kann nicht die Rede sein. Mit der Winterhilfe aber hat die Sache gar nicht zu tun. Ich lege das grösste Gewicht darauf, dass die Unparteilichkeit und Gerechtigkeit der Winterhilfsaktion über jeden Zweifel erhaben ist und bitte daher die löbliche Redaktion diese Feststellung voll inhaltlich und vollständig zu veröffentlichen".

St. T. Prof. Dr. Tandler stellt fest, dass er bis heute die Winterhilfsaktion nach bestem Wissen und Gewissen geführt habe und dass er auch mit aller Entschiedenheit bereit sei, die Aktion auch weiterhin überparteilich fortzuführen. (*Leh. Prof. Dr. Tandler*)

St. R. Dr. Matzko erklärt, dass es den Anschein hat als ob der Präsident der Winterhilfsaktion nicht weiss, was bei der Winterhilfe vorgeht. Dem Verein müsse doch ein Zugeständnis gemacht werden sein, denn sonst könnte er doch von seinen Ortsgruppen keine Listen einfordern. Die Ausgabe von Lebensmittelpaketen durch die Magistrats-Abteilung 8 würde ein Nebenaktion sein, die absolut nicht geduldet werden dürfe. Die Winterhilfe gehe über die Fürsorgeinstitute und diesen Weg dürfe sie nicht verlassen.

St. R. Kunschak (E. L.) führt aus, er habe keinen Grund anzunehmen, dass St. R. Tandler die Unwahrheit gesagt habe. Etwas anders aber ist es beim Herrn Br. Reismann, der bei uns keinen Vertrauensvorschuss genießt, weil er vom Wohnungsamt her durch seine berüchtigten Interventionen bekannt ist. Wenn Prof. Tandler und GR. Reismann dem Verein nichts zugesagt haben, wie kommt dann der Verein in die Lage, sich auf solche Zusagen zu berufen und weiters ihre Mitglieder einzuladen, Listen anzulegen und ihren Mitgliedern zu sagen, dass sie auf Grund dieser Listen etwas erhalten. Wir glauben Herrn Professor Tandler, dass er kein Versprechen gegeben hat. Es ergibt sich also die Tatsache, dass durch eine Irreführung die Winterhilfe in schwersten Misskredit gebracht worden ist und in den sicherlich unbegründeten Verdacht gekommen ist, ihre Unparteilichkeit zu verlieren. Es ergibt sich weiter die Tatsache, dass mit der Not armer Leute ein ganz gewissenloses Spiel getrieben wurde (Zustimmung bei der E. L.) Wir verlangen, dass die Magistrats-Abteilung 8 angewiesen werde, wenn solche Ansinnen zu ihr kommen, diese abzuweisen. Wir sind in der Lage, die Magistrats-Abteilung daraufhin zu kontrollieren und wir werden uns diese Kontrolle nicht nehmen lassen.

GR. Reismann (soz. dem.) stellt fest, dass er jeder Aktion dieses Verbandes völlig fernsteht, weil er mit diesem Verband nichts zu tun habe. Er habe sich gestern in einer grossen Versammlung in Rudolfsheim mit dem Aufsatz in der Neuen Zeitung auseinandergesetzt und erklärt, er habe den Leuten lediglich mitgeteilt, dass Professor Tandler die Zusage gemacht habe, Entscheidungen, wenn sie als ungerecht empfunden werden, neuerlich zu überprüfen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

Wien, am.....

11. Blatt

Ich stelle neuerdings fest, dass alle gegen mich erhobenen Verdächtigungen jeder Grundlage entbehren.

Bürgermeister Seitz sagt: Nicht wenige Vereine suchen ihre Werbekraft dadurch zu erhöhen, dass sie vorgeben, sie hätten die Möglichkeit, bei Behörden und Funktionären für ihre Mitglieder erfolgreich intervenieren zu können. Sie setzen dadurch die Beamten dem Verdacht aus, anderen als sachlichen Erwägungen zugänglich zu sein. Wenn eine solche Organisation sich darauf berufen würde, dass sie beispielsweise bei St. R. Kunschak erfolgreich intervenieren könne, so bliebe auch ihm kein anderes Mittel, als sich ebenso wie GR. Reismann in aller Öffentlichkeit gegen diesen Verdacht zur Wehr zu setzen. Wir alle müssen es strenge ablehnen, bei behördlichen Stellen zu intervenieren, und dürfen auch nicht dulden, dass Leute, die sich in Not befinden, durch solche Verprechungen missbraucht werden. Die Magistrats-Abteilung 8 leistet in dieser schweren Zeit eine ungeheure Arbeit; man muss sie unter allen Umständen bei dieser schweren Arbeit ungestört lassen. Es muss auf das nachdrücklichste festgestellt werden, dass niemand in der Lage ist, durch eine persönliche Intervention die sachliche Entscheidung zu beeinflussen. Wenn jemand glaubt, eine angeblich ungerechte Behandlung erfahren zu haben, so habe er sich schriftlich an den amtsführenden Stadtrat oder an das Amt zu wenden und der Fall werde geprüft werden. Alle Interventionen sind zeitraubend und störend und sollen überhaupt eingestellt werden.

Der Vorsitzende GR. Hofbauer stellt fest, dass durch die Erklärungen des Stadtrates Tandler und des Bürgermeisters dem Verlangen der Antragsteller Rechnung getragen worden ist und sich damit eine Abstimmung erübrigt.

Schluss der Sitzung 22 Uhr.

.....
Bogenabfertigung 22 Uhr 30.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

50

Wien, am 20. Februar 1932.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung des Stadtsenates hält die Wiener Landesregierung eine Sitzung ab.

Neue Bürger der Stadt Wien.

Geheimrat Professor Dr. Carl Noorden, Professor Dr. Markus Hajek, Komponist Josef Reiter und Kommerzialrat Johann Wancura vom Wiener Gemeinderat einstimmig zu Bürgern ernannt.

Der Gemeinderat der Stadt Wien hat in seiner letzten Sitzung Geheimrat Professor Dr. Carl Noorden in Anerkennung und Würdigung seiner grossen Verdienste um die medizinische Wissenschaft, Professor Dr. Markus Hajek anlässlich der Vollendung seines 70. Lebensjahres in Anerkennung seiner grossen Verdienste auf dem Gebiete der medizinischen Wissenschaft, den Komponisten Josef Reiter anlässlich seines 70. Geburtstages in Anerkennung und Würdigung seiner Verdienste um die österreichische Musik und Kommerzialrat Johann Wancura in Anerkennung seines charitativen Wirkens anlässlich des hundertjährigen Bestandes des Bankhauses Schelhammer und Schatteba zu Bürgern der Stadt Wien ernannt.

*

Geheimrat Professor Dr. Carl Noorden wurde als Sohn des Historikers Carl von Noorden am 13. September 1858 in Bonn geboren. Er studierte an den Universitäten Tübingen, Freiburg und Leipzig und wurde 1882 Assistent am physiologischen Institut Kiel. Im Jahre 1883 kam er als Assistent an die medizinische Klinik in Giessen, wo er sich im Jahre 1885 habilitierte. 1889 übernahm Dr. Noorden die Stelle eines ersten Assistenten an der medizinischen Klinik Berlin. 1893 erlangte er die Professur; im Jahre 1894 wurde er Oberarzt der internen Abteilung des städtischen Krankenhauses in Frankfurt am Main. Im Jahre 1906 wurde Noorden an die Wiener Universität berufen, an der er bis zum Jahre 1913 als ordentlicher Professor und Nachfolger Professor Nothnagels wirkte. Von Wien ging Professor Noorden wieder nach Frankfurt am Main; anlässlich der Errichtung der Sonderabteilung für Stoffwechselkrankheiten, Ernährungsstörungen und diätetische Heilbehandlung im Krankenhaus der Stadt Wien wurde er als Vorstand dieser Abteilung wieder nach Wien berufen. Seine bedeutendsten wissenschaftlichen Arbeiten sind die "Beiträge zur Lehre vom Stoffwechsel des gesunden und kranken Menschen", sein "Lehrbuch der Pathologie des Stoffwechsels", "Die Zuckerkrankheit und deren Behandlung", "Die Fettsucht", "Klinik der Darmkrankheiten", "Allgemeine Diätetik" und so weiter.

Universitätsprofessor Dr. Markus Hajek wurde am 25. November 1861 in Werschetz geboren. Nach Erlangung des Doktorates wurde er Schüler Zuckerkandls, dann Schüler und Assistent Schnitzlers an der allgemeinen Poliklinik in Wien, deren rhinologische Abteilung er übernahm. Ein Hauptanteil an dem Ausbau der heutigen modernen Rhinologie ist ihm zu danken. Im Jahre 1919 übernahm Professor Hajek als Nachfolger Chiaris die Klinik, an der er sich der Chirurgie der Kopf- und Halsorgane zuwandte. Sein berühmtestes wissenschaftliches Werk behandelt die Nebenhöhlenerkrankungen. Als Lehrer und Arzt hat sich Professor Hajek einen weit über Wien hinausreichenden Ruf und allgemeine Anerkennung erworben.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 20. Februar 1932.

Ausfertigung bis längstens 1. März bei der Fachrechnungsabteilung des örtlich zuständigen magistratischen Bezirksamtes zu geschehen. Grundeigentümer, die von der Bodenwertabgabe befreit sind und um die Zuerkennung der Befreiung für die erste Veranlagungsperiode angesucht haben, müssen auch dann, wenn über ihr Befreiungsansuchen noch nicht entschieden worden ist, nicht neuerdings um Befreiung ansuchen. Wenn eine von der Abgabe befreite Grundfläche durch Wegfallen des Befreiungsgrundes abgabepflichtig wird, so ist der Eigentümer selbstverständlich verpflichtet, im Sinne des Paragraphen 7 des Gesetzes die Veränderungsanzeige zu erstatten.

Wutverdächtiger Hund.

Am letzten Dienstag ist ein kleiner schwarzer, 1 Jahr alter, weiblicher Spitzbastard mit weissem Nasenstreifen und weissen Pfoten aus dem Hause Dominikanergasse 6, nachdem er vorher seine Eigentümerin gebissen hatte, in der Richtung Gumpendorferstrasse gegen den Gürtel zu entwichen. Zweckdienliche Angaben über den Verbleib dieses Hundes, der mit Maulkorb und Marke versehen war, sind an das Bezirks-Polizei-Kommissariat Mariahilf oder an die Veterinärabteilung Mariahilf, Amerlingstrasse 11, zu richten.

Jubilare der Ehe.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Karl und Franziska Christ und Stefan und Leopoldine Stoklasa das Fest der diamantenen Hochzeit und die Ehepaare Franz und Antonie Barabas, Johann und Juliana Bauer, Anton und Maria Dobrowolny, Franz und Marie Ehrenberger, Vinzenz und Marie Hrbek, Josef und Katharina Kozak, Wenzel und Franziska Kral, Franz und Marie Scheidhammer, Rudolf und Anna Tomka und Johann und Rosina Weihs das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Julius Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Sitzung der Bezirksvertretung Währing.

Die Bezirksvertretung Währing tritt am Donnerstag, den 25. Februar, um 17 Uhr zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

52

Wien, am 23. Februar 1932.

Die Scharlach-, Diphtherie- und Grippeerkrankungen in Wien.

Kein Ansteigen der Zahl der Krankheitsfälle gegenüber dem Vorjahre.

Vom 1. bis 15. Februar sind beim städtischen Gesundheitsamte 246 Anzeigen über Scharlacherkrankungen, 184 Anzeigen über Diphtherieerkrankungen und 2638 Grippeanzeigen erstattet worden, während in der gleichen Zeit des Vorjahres 247 Scharlachfälle, 194 Diphtheriefälle und 2068 Grippefälle angezeigt worden waren. Aus dieser Gegenüberstellung geht hervor, dass die Häufigkeit der Scharlach-, Diphtherie- und Grippeerkrankungen in Wien heuer ungefähr die gleiche ist, wie im Vorjahre.

.....

Der Termin der Gemeinderatswahlen.

In der heutigen Sitzung des Stadtsenates teilte Bürgermeister Seitz mit, dass die Wahlen in den Gemeinderat der Stadt Wien voraussichtlich am 24. April stattfinden werden, falls sich nicht noch unvorhergesehene Schwierigkeiten ergeben sollten. Nach den neuen Bestimmungen der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien werde der Gemeinderat nur mehr 100 Mitglieder zählen; die Aufteilung der Mandate auf die einzelnen Bezirke werde der Bürgermeister nach der bei der letzten Volkszählung festgestellten Bevölkerungszahl der Bezirke vornehmen.

.....

Neues Schlauchmaterial für die Wiener Feuerwehr.

Auf den über das ganze Wiener Gemeindegebiet verteilten Wachen der Feuerwehr stehen rund 90 Motorpumpen verschiedener Stärke von 15 bis 80 Pferdekraften zum Eingreifen bei Feuer oder Unwetterkatastrophen bereit. Diese grosse Zahl von Pumpen macht es notwendig, auch das **erforderliche** Schlauchmaterial bereitzustellen. Der Qualität dieses Materiales kommt vor allem deswegen sehr hohe Bedeutung zu, weil der Erfolg einer Löschaktion sehr wesentlich von der Betriebssicherheit der von der Feuerwehr in Verwendung genommenen Mittel abhängt. Die österreichische Schlauchindustrie hat nun auch im heurigen Jahre wieder Schlauchmuster vorgelegt, die auf die geforderte Festigkeit von 60 Atmosphären, also dem dreifachen Betriebsdruck der Hochdruckpumpen, einwandfrei geprüft werden konnten. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat nunmehr in seiner letzten Sitzung die Lieferung von 13.500 Metern Druckschläuchen für die Wiener Feuerwehr mit einem Kostenaufwande von 36.450 Schilling an drei österreichischen Erzeugungsfirmen vergeben.

.....

Der "Alszauberbrunnen".

Errichtung des Brunnens in der Gartenanlage auf dem Elterleinplatz.

Schon vor Jahren hat die Gemeinde Wien dem Komitee zur Errichtung eines "Alszauberbrunnens" auf dem Elterleinplatz in Hernalds einen Platz zur Aufstellung des Brunnens zur Verfügung gestellt. Damals war beabsichtigt, die bestehende Gartenanlage abzuräumen und eine dreieckige Rettungsinsel zu schaffen, auf der auch der Brunnen Platz finden sollte. Dieses Projekt ist jedoch abgeändert worden; der "Alszauberbrunnen" soll nun in der Gartenanlage, die bestehen bleiben wird, aufgestellt werden. Auf Ersuchen des Komitees zur Errichtung des "Alszauberbrunnens" hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten in seiner letzten Sitzung den Beschluss gefasst, dass die Gemeinde Wien die Kosten der Fundierung des Denkmals trage.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

53

Wien, am 24. Februar 1932.

Die Bevölkerungsbewegung in Wien im Dezember 1931.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, wurden im Dezember 1931 in Wien 1.246 Trauungen vollzogen, um 87 Trauungen weniger als im November 1931, aber um 47 Trauungen mehr als im Dezember 1930. Vor römisch-katholischen Seelsorgern wurden im Berichtsmonate 690, vor der politischen Behörde 261 Ehen geschlossen.

Im vergangenen Dezember kamen in Wien 1.379 Säuglinge lebend zur Welt; das sind um 148 mehr als im November 1931, aber um 191 weniger als im Dezember 1930. Von den Lebendgeburten waren 699 Knaben und 680 Mädchen, 1.044 eheliche und 335 uneheliche Kinder. In der Wohnung der Mutter wurden 267, in Anstalten 1112 Kinder geboren. Die Zahl der Totgeburten im Berichtsmonate betrug 111, um 17 weniger als im November 1931 und um 26 weniger als im Dezember 1930.

Im Berichtsmonate starben in Wien 2.270 Personen, um 250 mehr als im November 1931, aber um 57 weniger als im Dezember 1930. Von den Verstorbenen waren 1.101 männlichen und 1.169 weiblichen Geschlechtes; 2.151 gehörten der Wiener Bevölkerung an, während 119 ortsfremd waren. In ihrer Wohnung starben 984, in Anstalten 1.286 Personen.

Die Zahl der Selbstmorde betrug im vergangenen Dezember 90, um 11 weniger als im November 1931; im Dezember 1930 hatten ebenfalls 90 Personen Selbstmord verübt. Im Berichtsmonate unternahmen 164 Personen einen Selbstmordversuch; das sind um 6 weniger als im vergangenen November und um 21 weniger als im Dezember 1930.

Ueber die Säuglingssterblichkeit wird berichtet, dass im Dezember 1931 in Wien 80 Säuglinge im ersten Lebensjahre starben, um 13 mehr als im November 1931, aber um 29 weniger als im Dezember 1930. Von den im Berichtsmonate verstorbenen Säuglingen waren 40 Knaben und 40 Mädchen, 42 eheliche und 38 uneheliche Kinder; 41 Säuglinge starben im ersten Lebensmonat, 39 im zweiten bis zwölften Lebensmonat.

Nach dem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik wurden im Berichtsmonate vom Wiener Magistrat 330 Ansuchen um Ehedispens bewilligt; das sind um 9 weniger als im November 1931, aber um 70 mehr als im Dezember 1930. Von den im vergangenen Dezember bewilligten 330 Ansuchen betrafen 215 Dispens vom Hindernisse des bestehenden Ehebandes.

An den Magistrat wurden im vergangenen Dezember 619 Ansuchen über Konfessionsänderung erstattet, um 133 weniger als im November 1931 und um 68 weniger als im Dezember 1930. 402 Personen zeigten ihren Austritt aus der römisch-katholischen Kirche und 78 aus der mosaischen Religionsgemeinschaft an; 383 Personen erklärten, konfessionslos bleiben zu wollen.

.....

Arbeitsanlernung für ehemalige Hilfsschüler.

Um ehemaligen Schülern der Hilfsschule eine einfache Arbeit anzulernen, hat der Verein "Hilfsschule" mit Genehmigung des Stadtschulrates für Wien eine Schule für einfaches Teppichknüpfen eröffnet. Anmeldungen zur Aufnahme ^{die} nach Massgabe der verfügbaren Plätze erfolgt, werden ^{jeden} Montag von 11 bis 13 Uhr in der Hilfsschule, Siebeneichengasse 17, entgegengenommen.

.....

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf.

Morgen, Donnerstag, findet um 6 Uhr nachmittags eine öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf statt.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

54

Wien, am 25. Februar 1932

Der Wiener Goethe-Verein und das Goethe-Jahr.

Anlässlich des Goethe-Gedenktages am 22. März wird der Wiener Goethe-Verein eine Festversammlung und einen Festakt vor dem Goethe-Denkmal veranstalten. Der Goethe-Verein plant auch die Herausgabe einer Festschrift mit entsprechenden Aufsätzen und Reproduktionen, darunter auch einigen noch nicht veröffentlichten Handzeichnungen von Goethe aus dem Wiener Goethe-Museum. Ferner sollen gemeinsam mit der National-Bibliothek und der Albertina eine Goethe-Ausstellung und mehrere Konzerte, darunter ein Konzert für Mittelschüler, im Rahmen der Goethe-Feier veranstaltet werden. Der städtische Finanzausschuss hat nun als Beihilfe für die Veranstaltungen anlässlich des Goethe-Gedenktages dem Wiener Goethe-Verein eine Subvention von dreitausend Schilling bewilligt.

.....

Verkürzung von Strassenbahnlinien an Sonn- und Feiertagen.

Der Ausfall an Fahrgästen, der als Folge der Wirtschaftskrise jetzt bei den Strassenbahnen auftritt, ist in den Früh- und Vormittagsstunden der Sonn- und Feiertage am stärksten. Dem geringeren Bedarf entsprechend werden daher vom nächsten Sonntag an einige Strassenbahnlinien an den Sonn- und Feiertagen gekürzt oder erst später als bisher in Betrieb gesetzt werden.

So wird die Linie N-NK an Sonn- und Feiertagen eingestellt und zwischen dem Kai und der bisherigen Endstelle beim Strassenbahnhof Brigittenau durch eine Pendellinie mit dem Dachsignal 33 ersetzt, die mit einer dichteren Zugfolge betrieben werden wird als die Durchgangslinie. Die Linien H2 und 50 werden an Sonn- und Feiertagen nur in den Nachmittagsstunden betrieben werden. An Sonn- und Feiertagen werden schliesslich die Linie M nicht mehr bis zum Baumgartner Kasino, sondern nur bis zur Johnstrasse am Ende der Felberstrasse und die Linie 3 im Bedarfsfalle nicht mehr bis zum Nordwestbahnhof geführt, sondern beim Wallensteinplatz abgebrochen werden.

.....

Die Schneesäuberungsarbeiten.

Der städtische Fuhrwerksbetrieb, der die Schneesäuberungsarbeiten in Wien besorgt, teilt mit, dass heute für die Schneebeseitigung ausser dem eigenen Personal von 1.005 Mann noch 2.039 heute aufgenommene Schneearbeiter verwendet worden sind. Für die maschinelle Schneesäuberung und für die Schneeabfuhr sind 231 Pferdeschneepflüge, 12 Autoschneepflüge und 3 Lastkraftwagen in den Dienst gestellt worden. Die städtischen Strassenbahnen haben für die Freimachung der Gleise 2.000 Schneearbeiter aufgenommen und 342 Motorschneepflüge und 3 Autoschneepflüge in den Dienst gestellt.

.....

Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten.

Die Bezirksvertretung Favoriten tritt morgen, Freitag, um 16 Uhr zu einer Plenarversammlung zusammen.

.....

Neue Kurse an der Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf, Brückengasse 3, beginnen in der nächsten Zeit zwei neue Kurse. Am 1. März beginnt ein Diätkurs, der sechs Abende umfasst, und am 14. März eine Bäckereikurs, der an vier Nachmittagen stattfinden wird. Einschreibungen und Auskünfte in der Schulkanzlei, Fernsprecher B 25-4-19.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

55

Wien, am 26. Februar 1932.

Die "Winterhilfe" muss gesichert werden!

Die Opferbereitschaft der Wiener Bevölkerung.- Bisher über 100 Waggons Lebensmittel verteilt.

In ~~der~~ heute abgehaltenen Pressekonferenz berichtete der Vorsitzende der überparteilichen "Winterhilfe", Stadtrat Professor Dr. Tandler, dass nun, da bald drei Monate seit dem Beginn der "Winterhilfe" verflossen seien, gesagt werden könne, die Aktion sei bisher klaglos verlaufen. Besondere Anstände haben sich nirgends ergeben. Wenn an einzelnen Stellen Klagen über die verabreichte Kost laut geworden seien, haben sich Organe der Gemeinde Wien zur Prüfung der Kostproben sofort an Ort und Stelle begeben und die notwendigen Erhebungen angestellt. In fast allen Fällen haben sich die Klagen als unberechtigt erwiesen. Eine Beschwerde über die Organisation der Ausgabe der Lebensmittelpakete besage, dass an Kleinrentner zu wenig Lebensmittelpakete ausgegeben werden. Es müsse jedoch bedacht werden, dass die "Winterhilfe" in erster Linie dazu bestimmt sei, die Ausgesteuerten und die Arbeitslosen mit Notstandsunterstützung samt ihren Familien mit den notwendigsten Lebensmitteln und mit Heizmaterial zu versehen. Diese Hilfe könne aber nur dann geleistet werden, wenn mit den vorhandenen Mitteln hausgehalten werde. Daher sei mit Rücksicht auf die bei der erstmaligen Ausgabe der Lebensmittel verabfolgte grosse Zahl von Anweisungen bei der zweiten und dritten Ausgabe eine gewisse Einschränkung herbeigeführt worden. Bei der jetzt bevorstehenden vierten Ausgabe von Lebensmittelanweisungen werde die Einschränkung etwas gemildert werden. Das Kuratorium hoffe, für die fünfte Ausgabe der Lebensmittelpakete wieder den Personenkreis erweitern zu können, wenn durch die bewährte Opferfreudigkeit der Wiener Bevölkerung auch noch weiterhin die notwendigen Mittel aufgebracht werden. Wenn der Winter auch bisher äusserst mild gewesen sei, so könne dennoch über den März und April nichts vorausgesagt werden. Es werde kaum möglich sein, die Aktion vor Mitte April mit einem Mal zu schliessen, vielmehr werde man sich darauf vorbereiten müssen, sie wenigstens für einen beschränkten Kreis auch darüber hinaus fortzuführen.

Die "Winterhilfe" könne in den ersten zwölf Wochen des Betriebes der Aktion auf gewaltige Leistungen hinweisen. Gegenwärtig werden täglich rund 15.000 Personen ausgespeist. Rund 700.000 Portionen Eintopfgerichte und 70.000 Kilogramm Brot seien durch die Ausspeisungsstellen bisher ausgegeben worden. Im gleichen Zeitraum seien 250.000 Lebensmittelpakete, deren Inhalt 50 Waggons Mehl, 25 Waggons Zucker, je 12'5 Waggons Fett und Gries und 4'5 Waggons Wurst entsprechen, also insgesamt 105 Waggons Lebensmittel, ausgegeben worden. Die Menge der bisher ausgegebenen Winterhilfekohle betrage 290 Waggons. Die Verteilung der Winterhilfe vollziehe sich in 545 Lebensmittel-Abgabestellen und 438 Ausspeisungstellen. Alle Abgabestellen werden ständig durch Bezirkskontrollkomitees überwacht, in denen 240 ehrenamtliche Funktionäre wirken.

Die Erfüllung dieser Aufgaben habe bisher die Aufbringung eines Betrages von rund 1'8 Millionen Schilling erfordert. Für Lebensmittelpakete seien bereits 1'25 Millionen Schilling ausbezahlt und für die Ausspeisung über 300.000 Schilling aufgewendet worden. Die Spesen der Aktion

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

56

Wien, am 27. Februar 1932.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung des Stadtsenates hält die Wiener Landesregierung eine Sitzung ab.

Die Mutterhilfe der Gemeinde Wien. Anmeldung für die Säuglingswäsche.

Vom 1. März an ist die Anmeldung für das Säuglingswäschepaket, das von der Gemeinde Wien an nach Wien zuständige und in Wien wohnhafte Frauen unentgeltlich abgegeben wird, nicht mehr in den städtischen Bezirksjugendämtern, sondern in den städtischen Mutterberatungsstellen zu erstatten. Die werdenden Mütter haben persönlich unter Vorlage ihrer Personaldokumente und eines Meldenaachweises in der ihrem Wohnort am nächsten gelegenen Mutterberatungsstelle ihren Anspruch geltend zu machen. Berücksichtigt werden nur Anmeldungen, die rechtzeitig, also im siebenten bis neunten Schwangerschaftsmonate, erstattet werden.

Goldene Hochzeiter.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Ferdinand und Karoline Berghammer, Franz und Rosalia Blahak, Lorenz und Leopoldine Bradengeier, Stefan und Ludmilla Bruckner, Johann und Johanna Cerwenka, Max und Emilie Cylinder, Franz und Katharina Doucha, Franz und Theresia Faulhuber, Josef und Leopoldine Hein, Wenzel und Juliana Kostial, Marie und Johann Kurland, Johann und Aloisia Pecka, Georg und Hedwig Pfeifer, Wenzel und Maria Prohaska, Ludwig und Karoline Fuschelik, Ludwig und Anna Schneck, Alois und Anna Schuckert, Karl und Anna Sikula, Mathias und Marie Sklenar, Johann und Anna Skorpik, Gustav und Elisabeth Stadick und Johann und Katharina Wenz das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Julius Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Rückgang der Zahl der Erkrankungen an Scharlach und Grippe in Wien.

In der Woche vom 14. bis 20. Februar langten beim städtischen Gesundheitsamte insgesamt 98 Anzeigen über Scharlacherkrankungen, 87 Anzeigen über Diphtherieerkrankungen und 782 Anzeigen über Grippeerkrankungen ein. Da in der vorhergegangenen Woche 134 Scharlachfälle, 93 Diphtheriefälle und 1314 Grippefälle angezeigt worden waren, hat somit die Scharlach- und Grippehäufigkeit in Wien wesentlich abgenommen.

Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien.

In der kommenden Woche tritt der Gemeinderat der Stadt Wien am Freitag um 17 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

Entgiftung des Leuchtgases.

Neue Versuche der städtischen Gaswerke.-Eine Entgiftungsmethode bei Laboratoriumsversuchen und in einer halbtechnischen Versuchsanlage erprobt.- Fehlgeschlagene Projekte.-Geruchsverstärkung derzeit un-
durchführbar.

Die Wiener städtischen Gaswerke arbeiten bekanntlich seit längerer Zeit daran, durch Entgiftung oder Geruchsverstärkung des Leuchtgases Unglücksfälle soweit als möglich hintanzuhalten. Vor kurzem hat die Direktion der städtischen Gaswerke dem Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen einen Bericht über den derzeitigen Stand dieser Versuche erstattet, dem wir entnehmen, dass an Versuchen, die möglicherweise von Erfolg begleitet sein könnten, derzeit noch gearbeitet wird, während andere Versuche ergebnislos waren.

Nach dem Berichte der Gaswerke ist nach vorbereitenden Laboratoriumsarbeiten, die im Institute eines Professors der Wiener Technischen Hochschule durchgeführt und nach dreieinhalbjähriger Dauer beendet worden waren, im Oktober des Vorjahres eine halbtechnische Versuchsanlage im Gaswerk Simmering zur praktischen Erprobung des betreffenden Verfahrens errichtet worden. In dieser Anlage wurde mit einer Leistung von 50 Kubikmetern in der Stunde ein mehrtätiger Versuch durchgeführt, bei dem eine fast vollständige Umwandlung des Kohlenoxyds in Wasserstoff erreicht wurde. Es wird nun untersucht, ob und wie sich dieses, nur für eine stündliche Leistung von 50 Kubikmetern überprüfte Verfahren für die erforderliche Gesamtleistung von 60.000 Kubikmetern in der Stunde in einer betriebstechnisch entsprechenden Art gestalten lässt. Zu diesem Zwecke wird zunächst ein generelles Projekt für eine grosstechnische Anlage entworfen, um die Möglichkeit der technischen Durchführung und die ungefähren Anlage- und Betriebskosten für zwei Anlagen, je eine für das Gaswerk Simmering und das Gaswerk Leopoldau, mit einer Leistung von je 30.000 Kubikmetern in der Stunde annähernd ermitteln zu können. Da die Anlagen, wie schon jetzt feststeht, ausserordentlich gross sein müssen und noch eine Reihe von technischen Problemen zu lösen ist, werden die Arbeiten am Projekt der grosstechnischen Anlage geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Die Wiener städtischen Gaswerke beschäftigen sich jedoch auch noch mit anderen Versuchen zur Entgiftung des Gases.

Im Institute eines Professors der Wiener Universität wurde - gleichfalls auf Kosten der Wiener städtischen Gaswerke - im Jänner 1930 mit solchen Entgiftungsversuchen begonnen. Das hiefür ursprünglich vorgeschlagene Verfahren erwies sich nach elfmonatlicher Dauer der Arbeiten als unbrauchbar. Es wurde dann vom Leiter dieses Institutes ein neues Verfahren zur Umwandlung des Kohlenoxyds in ungiftige Gase entworfen, an dem derzeit noch gearbeitet wird.

Seit einem Jahre werden nach erfolgversprechend verlaufenen Vorarbeiten im Laboratorium Entgiftungsversuche in grösserem Masstabe im Gaswerk Simmering auch nach einem bei den Gaswerken selbst ausgearbeiteten Verfahren durchgeführt. Diese Arbeiten sind noch im Gange.

Schon vom Jahre 1927 an wurden auch Versuche zur Geruchsverstärkung des Wiener Leuchtgases durchgeführt. Diese Versuche fanden mit Unterstützung der städtischen Gaswerke und im Einvernehmen mit den Gaswerken im Hygienischen Institute der Wiener Universität und auch in einer technischen Versuchsanlage der Gaswerke Leopoldau statt. Sie wurden im Frühjahr 1931 beendet, haben aber nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt. Eine ausführliche Darstellung aller dieser Arbeiten und Versuche zur Geruchsverstärkung des Wiener Leuchtgases hat der Leiter des Hygienischen Institutes, Prof. Dr. Grassberger, in einer Broschüre "Ueber das Odorieren von städtischem Leuchtgas" veröffentlicht. In dieser Broschüre kommt Prof. Dr. Grassberger zu dem Schlusse, dass die systematisch vorgenommenen Versuche keinen gangbaren Weg gezeigt haben, um eine den Ansprüchen genügende Odoriermethode finden zu können.